

DIE ZEIT IST REIF:
MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN

POSITIONEN DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN FÜR EINE GERECHTE POLITIK

Beschluss des Landesvorstandes vom 1. Juni 2015 zur Diskussion auf dem Kongress „Gerechtigkeit heute“ am 19. September in Kiel.
Der Landesvorstand wird Ergebnisse und Anregungen der Diskussion bis zum Landesparteitag im Frühjahr 2016 zu diesem Thema einarbeiten.

Diskussion auf www.spd-sh.de/gerechtigkeitheute

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

SPD

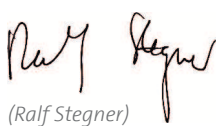
VORWORT

Gerechtigkeit ist der Identitäts- und Markenkern der Sozialdemokratie. Der Wertekompass der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – verpflichtet uns zu einer Politik für mehr Gerechtigkeit. Unsere politische Glaubwürdigkeit und mithin die Möglichkeit künftiger Regierungsmehrheiten unter sozialdemokratischer Führung hängen deshalb maßgeblich davon ab, ob und inwieweit wir imstande sind, eine Politik zu entwickeln und umzusetzen, die in den Augen unserer Wählerinnen und Wähler einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit leistet. Dies gilt nicht nur im nationalen Rahmen, sondern ebenso im europäischen Kontext und im globalen Maßstab.

Deutschland ist ein überaus reiches Land. Die Wirtschaft ist robust, die Industrie stark und innovativ. Das gilt auch für den unternehmerischen Mittelstand und den Dienstleistungssektor. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind leistungsbewusst und qualifiziert. Der Wohlstand in Deutschland ist so groß wie nie zuvor. Obwohl es Deutschland insgesamt gerade im internationalen Vergleich sehr gut geht, stehen wir vor ernstzunehmenden sozialen Herausforderungen inmitten unserer reichen Gesellschaft. Das betrifft den demografischen Wandel, notwendige Bildungsinvestitionen, die Handlungsfähigkeit der Kommunen, die Beseitigung des Niedriglohnssektors und der Wohnungsmisere in den Ballungszentren sowie den Kampf gegen alle Formen von Diskriminierung. Dazu bedarf es mutiger Weichenstellungen, damit die Finanzkraft des Staates mit diesen Aufgaben Schritt halten kann. Gerechtigkeitsfragen stellen sich auch hinsichtlich der in Deutschland bestehenden Schieflagen bei der Einkommens- und Vermögensverteilung. Was wir hier für Deutschland feststellen müssen, gilt ebenso für andere europäische Länder.

Der Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Monaten intensiv mit den vielfältigen Anforderungen an eine sozial gerechte Politik, die diesen Namen auch verdient, beschäftigt. Wir sind alarmiert über den Vertrauensverlust, den nicht nur sozialdemokratische Politik, sondern staatliches Handeln überhaupt in den vergangenen zehn Jahren Politik erlitten hat. Die erschreckend niedrigen Wahlbeteiligungen zeigen, dass hier die Demokratie insgesamt zur Debatte gestellt wird.

Wir sind überzeugt: Die Zeit ist reif. Wir müssen mehr Gerechtigkeit wagen! Unsere Vorstellungen für eine neue Politik für mehr Gerechtigkeit stellen wir hiermit zur Diskussion.



(Ralf Stegner)



(Bettina Hagedorn)



(Christiane Küchenhof)



(Stefan Bolln)



(Kristin Alheit)



(Dirk Diedrich)



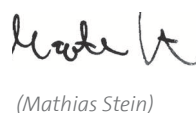
(Serpil Midyatli)



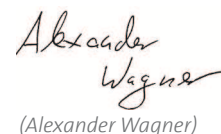
(Birte Pauls)



(Dr. Nina Scheer)



(Mathias Stein)



(Alexander Wagner)

GERECHTIGKEIT HEUTE

Eine Positionsbeschreibung des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

Die Zeit ist reif: Mehr Gerechtigkeit wagen

Inhalt	Seite
Vorwort	
1. Die Zeit ist reif: Mehr Gerechtigkeit wagen	5
2. Verteilungsgerechtigkeit	21
3. Gute Arbeit und soziale Sicherheit	27
4. Bildungsgerechtigkeit	33
5. Starke Familie, starke Kinder, starke Gesellschaft	39
6. Gerechtigkeit im globalen Maßstab – Gerechtigkeit über den Tag hinaus	46

1. DIE ZEIT IST REIF: MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN

Die Grundlagen unserer Politik

Die Regierungserklärung des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1969 stand unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“. Damit hatte Willy Brandt den Startschuss für eine neue Zeit gegeben. Die „Politik der inneren Reformen“, die hier skizziert wurde, bedeutete einen Aufbruch von Staat und Gesellschaft: Reformen in Schule, Hochschule und Ausbildung, das Ziel der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, eine umfassende Politik für mehr soziale Sicherheit, die Erweiterung der Arbeitnehmermitbestimmung, der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und der Städtebauförderung und auch damals neue Politikfelder wie Umweltschutz, Humanisierung der Arbeitswelt oder Friedensforschung und nicht zuletzt die neue Entspannungs- und Friedenspolitik - all dies waren Meilensteine auf dem Weg in ein modernes und sozialeres Deutschland. Hunderttausende Männer und Frauen sind damals in die SPD geströmt. Ab Mitte der 1960er ist die Mitgliedschaft innerhalb eines Jahrzehnts von 650.000 auf über eine Million angestiegen. Sie wollten diese Politik der SPD und Willy Brandts unterstützen und daran mitwirken. Heute blicken wir häufig mit viel Bewunderung und Stolz auf diese Zeit. Manchmal verklären wir sie auch und vergessen dabei, dass ebenfalls die heute in der Sozialdemokratie aktiven Mitglieder die Chance und Aufgabe haben, durch ihr politisches Denken und Handeln Zeichen zu setzen. Jedenfalls hat die SPD vielfach bewiesen, dass sie immer wieder zu historischen Initiativen fähig ist. Das sollte heute nicht anders sein als damals.

Heute ist Deutschland ein überaus reiches Land. Die deutsche Wirtschaft ist robust, die Industrie stark und innovativ. Das gilt auch für die mittelständische Wirtschaft, die den Charakter der deutschen Wirtschaft nachhaltig prägt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind qualifiziert und leistungsbewusst. Der Wohlstand in Deutschland ist so groß wie nie zuvor. Dies ist auch das Ergebnis einer noch immer funktionierenden Sozialpartnerschaft. Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben großen Anteil an diesem jahrzehntelangen Erfolg. Allerdings breiten sich mitten in unserer reichen Gesellschaft Entwicklungen aus, welche die Frage nach der Zukunftsfähigkeit dieses Wohlstandes und seiner sozial gerechten Verteilung ernsthaft aufwerfen. Große Herausforderungen lassen sich nicht länger leugnen oder einfach in die Zukunft verschieben. Um den Wohlstand und die Qualität des Wachstums in Deutschland zu sichern, stehen wir vor enormen Zukunftsinvestitionen in die Bildung und die öffentliche Infrastruktur, in die Finanzierung der Energiewende und der Handlungsfähigkeit der Kommunen, in die Bewältigung des demographischen Wandels und in eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus in den

1 Ballungszentren, in die Vermeidung von Altersarmut und Pflegenotstand und nicht zuletzt in
2 die Beseitigung des angehäuften Atommülls. Zugleich sind heute etwa die Entgeltgleichheit,
3 also gleicher Lohn für Männer und Frauen für gleiche Arbeit, sowie die Beseitigung des
4 ausgeufernten prekären Niedriglohnsektors unaufschiebbar geworden.

5
6 Auf der anderen Seite kann die Finanzkraft des Staates mit diesen vor uns liegenden
7 Aufgaben nicht mehr mithalten. Im Gegenteil: Der Staat ist heute kaum noch in der Lage
8 seine kaputten Straßen und Brücken zu reparieren. Und inmitten unserer reichen
9 Gesellschaft wächst die Kluft zwischen oben und unten, arm und reich, zwischen den
10 Erfolgreichen und den Abgehängten. Die Armut wird immer mehr zum Thema. Die Armut von
11 Kindern. Die Armut von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Rentnerinnen und
12 Rentnern, die von ihrem Lohn oder ihrer Rente nicht leben können. Aber auch in der so
13 genannten Mittelschicht wachsen der wirtschaftliche Druck und die Ängste vor dem sozialen
14 Abstieg. Der bisher breite Konsens über Kernbestandteile der sozialen Marktwirtschaft, wie
15 die Sozialpartnerschaft oder das Verständnis, dass es in unserer Gesellschaft einigermaßen
16 gerecht zugehen muss, erodieren zusehends. Sinkende Wahlbeteiligungen und der Zulauf
17 rechtspopulistischer oder gar rechtsextremer Parteien sind Indizien dafür, dass sich eine
18 zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern von der Demokratie abwenden. Was hier
19 über Deutschland gesagt ist, gilt ähnlich für viele europäische Länder. Und die große Zahl
20 von Flüchtlingen, die unter dramatischen Umständen ihre von Krieg, Unterdrückung und
21 Elend zerrütteten Heimatländer verlassen und in Europa Schutz und Perspektiven suchen,
22 zeigen, dass in weiten Teilen der Welt die gegenwärtigen politischen, sozialen und
23 ökologischen Zustände unhaltbar geworden sind und neue Antworten brauchen.

24
25 **Die soziale Frage ist in voller Schärfe wieder da. Mehr noch: Sie spitzt sich weiter zu.**
26 **Deshalb ist die Antwort auf die Frage nach der größten politischen Herausforderung**
27 **der Sozialdemokratie klar: Wir müssen mehr Gerechtigkeit wagen!**

28 **Hier besteht akuter Handlungsbedarf, weil viele Menschen unter den sozialen**
29 **Schief lagen leiden. Wir müssen einen neuen Aufbruch wagen, weil wir existenzielle**
30 **Zukunftsaufgaben nicht länger in die Zukunft verschieben dürfen. Soziale**
31 **Gerechtigkeit ist unser zentrales Anliegen als linke Volkspartei. Und es ist unser**
32 **politischer Identitätskern. Nur die Besinnung und Konzentration auf diesen Identitäts-**
33 **und Markenkern wird die SPD wieder mehrheitsfähig machen und in die Lage**
34 **versetzen, ihre Politik in künftigen SPD-geführten Bundesregierungen auch**
35 **durchzusetzen.**

36

1 Als Partei der sozialen Gerechtigkeit sind wir herausgefordert, unseren Kurs klar zu
2 bestimmen. Unsere Überzeugung und unsere Erfahrung als älteste deutsche Partei mit einer
3 über 150-jährigen Geschichte sagt uns: **Demokratie setzt soziale Gerechtigkeit voraus.**

4
5 Die SPD ist einen weiten Weg gegangen: Von einer sozialistischen Klassenpartei am Beginn
6 der Industrialisierung im feudalistischen Kaiserreich bis hin zu einer linken Volkspartei im
7 demokratischen Rechtsstaat unserer Zeit. Zu ihrer Geschichte und Erfahrung gehören große
8 Erfolge aber auch tragische Niederlagen, wie die Unfähigkeit der Arbeiterbewegung den
9 Nazi-Faschismus in Deutschland aufzuhalten. Die größten Erfolge bestehen darin, mehr und
10 mehr demokratische Rechte erkämpft, krasser kapitalistischer Ausbeutung Grenzen gesetzt
11 und den deutschen Sozialstaat mitgestaltet zu haben. Die Einführung des allgemeinen,
12 gleichen und geheimen Wahlrechts sowie die Einführung des Frauenwahlrechts, die
13 Abschaffung der Kinderarbeit oder die Einführung des Achtstundentages waren historische
14 Meilensteine auf diesem Weg. In der Bundesrepublik Deutschland waren nach dem Zweiten
15 Weltkrieg der Ausbau des Sozialstaates und die Bildungsexpansion der 1970er Jahre, die
16 Einführung der Unternehmensmitbestimmung und die Schaffung eines modernen
17 Arbeitsrechts bis hin zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns am Beginn des Jahres
18 2015 entscheidende Etappen. Der Schulterschluss von Sozialdemokratie und
19 Gewerkschaften war die immerwährende Grundlage für diese Erfolge.

20
21 Die SPD hat sich in ihren Programmen auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und
22 Solidarität verpflichtet. Mit diesen Grundwerten verfügt die SPD über Maßstäbe an denen wir
23 die Zustände und die Wirklichkeit in der Gesellschaft messen. Die Grundwerte sind zugleich
24 auch der Kompass, der Ziel und Richtung sozialdemokratischer Politik anzeigt.

25 **Der Kompass zeigt heute auf „Mehr soziale Gerechtigkeit wagen“! Die Zeit ist reif.**
26 **Eine Mehrheit in allen Generationen, gerade auch der Arbeitnehmerinnen und**
27 **Arbeitnehmer wartet darauf, dass die Sozialdemokratie wieder ein historisches**
28 **Zeichen setzt.**

29
30 Im **Godesberger Grundsatzprogramm von 1959** hat sich die SPD auf diese Grundwerte
31 als Wertekanon für ihre Politik in der damals noch jungen deutschen Demokratie verpflichtet:

32 „Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in
33 Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen,
34 wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann. Freiheit und
35 Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf
36 Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre
37 Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt
38 mitzuwirken. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit
39 folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens.“

40

1 Die SPD hat sich 1959 in Godesberg zur sozialen Marktwirtschaft bekannt („Markt soweit wie
 2 möglich, Planung soweit wie nötig.“). Diese für die SPD damals historische Weichenstellung
 3 hatte zur Voraussetzung, dass zehn Jahre zuvor im Grundgesetz der Bundesrepublik
 4 Deutschland Freiheits- und Persönlichkeitsrechte, Rechtsstaat und Menschenrechte,
 5 Demokratie und auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums verankert wurden. Denn die
 6 größte Gefahr sah man darin, dass die wirtschaftliche Macht von Kartellen und Konzernen
 7 die Politik des demokratischen Staates vereinnahmen könnte.

8

9 Im heute gültigen **Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007** ist das
 10 sozialdemokratische Werteverständnis weiter entwickelt worden.

11 **Freiheit** ist hier vor allem die Möglichkeit des Menschen selbstbestimmt zu leben:

12 „Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und von Furcht, und er muss
 13 die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und
 14 Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend
 15 gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.“
 16

17 Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze, wo die Freiheit des Anderen verletzt wird.
 18 Ökonomisch gesprochen: Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft befürwortet und fördert
 19 das unternehmerische Handeln auf möglichst freien Märkten. Der Staat soll aber dann
 20 eingreifen, wenn die sozialen Schief lagen so groß werden, dass sie mit dem demokratischen
 21 und sozialen Rechtsstaat des Grundgesetzes nicht mehr zu vereinbaren sind.

22 **Soziale Gerechtigkeit ist deshalb für uns Staatsräson!**

23

24 **Gerechtigkeit** gründet sich im Hamburger Programm in der gleichen Würde jedes
 25 Menschen. Gerechtigkeit bedeutet hier gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen,
 26 unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Es bedeutet die gleiche Teilhabe an Bildung,
 27 Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie sowie den gleichen Zugang zu allen
 28 öffentlichen Gütern.

29 „Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft
 30 teilt in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt
 31 sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit
 32 mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große
 33 Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen.
 34 Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.“
 35

36 „Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft
 37 dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein
 38 festgelegt sein.“
 39

40 Im Hamburger Programm wendet sich die SPD also gegen jede Form ungerechtfertigter
 41 Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft. Gefordert wird eine gerechte
 42 Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum muss verpflichten: Wer
 43 überdurchschnittlich verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum
 44 Wohl der Gesellschaft beitragen.

1 **Solidarität** bedeutet für die Sozialdemokratie die wechselseitige Verbundenheit,
 2 Zusammengehörigkeit und Hilfeleistung der Menschen. Solidarität ist die Bereitschaft der
 3 Menschen, in Staat und Gesellschaft füreinander einzustehen.

4 „Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern.
 5 Solidarität schafft Macht zur Veränderung. [...] Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere
 6 Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit
 7 gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und
 8 organisierter Solidarität.“
 9

10 Während die einzelnen Menschen in der Marktwirtschaft auf die eigene Leistung und den
 11 größtmöglichen individuellen Nutzen ausgerichtet sind, sind sie in der Gesellschaft auf die
 12 Gemeinschaft angewiesen, die öffentliche Güter wie Schulen, Infrastruktur und Sicherheit zur
 13 Verfügung stellt und soziale Sicherheit in Notlagen und im Alter bietet.

14

15 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen deshalb nach unserem Verständnis nicht in
 16 Konkurrenz zueinander. Sie ergänzen und stützen sich gegenseitig. Diese Grundwerte sind
 17 ethische Bollwerke gegen jegliche Form von Unmenschlichkeit, Unterdrückung und
 18 Gewaltherrschaft, auch gegen jede Form der wirtschaftlichen Ausbeutung.

19

20 **Die Beurteilung der Welt so wie sie ist, kann nur gelingen mit einer Vorstellung von**
 21 **der Welt, wie sie sein sollte. Deshalb ist die SPD ihrem Selbstverständnis nach eine**
 22 **Werte- und Programmpartei.**

23 Konservative und Wirtschaftsliberale wollen am liebsten alles so belassen wie es ist: Die
 24 Mächtigen sollen mächtig bleiben und noch mächtiger werden; die Reichen sollen reich
 25 bleiben und noch reicher werden; die Privilegierten sollen privilegiert bleiben und noch
 26 privilegierter werden. Oben soll oben bleiben, unten soll unten bleiben. Genau die
 27 Zementierung solcher Zustände wollen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
 28 verändern und überwinden.

29

30 **Herausforderungen der Zukunft – Handlungsfelder der Sozialdemokratie**

31

32 Ein nüchterner Blick auf das gesellschaftspolitische Bild der deutschen Gegenwart zeigt
 33 einen enormen Handlungsbedarf, um unserem Anspruch an soziale Gerechtigkeit und
 34 Sicherheit gerecht zu werden. Nahezu alle Parteien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften,
 35 Sozialverbände und die Wissenschaft sind sich darüber im Klaren, dass auf den folgenden
 36 Großbaustellen massiv investiert werden muss, damit es in Deutschland auch künftig
 37 Wohlstand, sozialen Frieden sowie Vertrauen und Zustimmung der Mehrheit der Bürgerinnen
 38 und Bürger zum demokratischen Regierungssystem in Deutschland gibt:

39

- 1 • **Deutschland muss massiv in die Bildung investieren.** Nur 20 Prozent der
2 Schülerinnen und Schüler schaffen gegenwärtig einen höheren Bildungsabschluss
3 als Vater oder Mutter. Der Schnitt anderer wichtiger Industrieländer liegt bei 37
4 Prozent. In Deutschland wird noch immer rigoroser als anderswo nach sozialer
5 Herkunft aussortiert.¹ Bildungspolitisches Ziel der SPD ist es, dass Bildung von der
6 Krippe bis zu Hochschule Schritt für Schritt beitragsfrei werden muss. Die Sicherung
7 der schulischen Unterrichtsversorgung, die Qualität des Unterrichts, die Inklusion von
8 Kindern mit Handicaps sowie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
9 sind Ziele mit hoher Priorität. Notwendig sind erhebliche zusätzliche
10 Bildungsausgaben in Kindertagesstätten, Allgemeinbildenden Schulen,
11 Berufsausbildung, Hochschulen und Weiterbildung.
12
- 13 • **Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss wieder hergestellt**
14 **werden.** Sozialpolitik wird vor allem vor Ort geleistet und zwei Drittel aller öffentlichen
15 Investitionen werden hier getätigt. Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft
16 und die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden entscheiden sich hier. Das
17 gilt auch für große Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge, des demografischen
18 Wandels, des sozialen Wohnungsbaus oder bei der Aufnahme von Flüchtlingen.
19
- 20 • **Altersarmut** ist unvereinbar mit sozialer Gerechtigkeit. In der Rentenpolitik sind
21 Weichenstellungen unabdingbar, damit das **Rentenniveau** nicht weiter fällt, sondern
22 künftig wieder ansteigt. Das Pflege- und Rentensystem benötigt erheblich mehr
23 Finanzmittel, um der demografischen Entwicklung und dem Anspruch der
24 Menschenwürde auch im Alter gerecht zu werden.
25
- 26 • Nach sozialdemokratischer Ansicht steht der Staat in der Pflicht, für Bezieher kleiner
27 Einkommen und Familien mit Kindern für **bezahlbaren Wohnraum** in guter Qualität
28 zu sorgen. 2013 waren nur noch 6,4 Prozent des Wohnungsbestandes in
29 Deutschland Sozialwohnungen.²
30
- 31 • Entgeltgleichheit, also **gleicher Lohn für Frauen und Männer für gleiche**
32 **Arbeit**, und die **Überwindung prekärer Beschäftigungsverhältnisse**, sowie die
33 **Stärkung von Flächentarifverträgen** sind unabdingbar.
34

¹ OECD Bildungsbericht 2012.

² Stellungnahme des Deutschen Mieterbundes zur Anhörung des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 2013.

1 Wirtschaftsforschungsinstitute, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Sozialverbände oder
2 Kommunale Fachverbände machen zu den künftigen Finanzbedarfen sehr unterschiedliche
3 Angaben. Um eine zukunftsfähige Trendwende in den genannten Investitions- und
4 Ausgabeschwerpunkten zu schaffen, dürfte ein zusätzlicher Mitteleinsatz von mindestens
5 150 Milliarden Euro jährlich notwendig sein.

6

7 Diesen Herausforderungen stehen eine starke Zunahme des privaten Vermögens sowie eine
8 abnehmende Investitionsfähigkeit des Staates gegenüber:

9

- 10 • In Deutschland gibt es die größte Vermögensungleichheit der Eurozone. Die untere
11 Hälfte der Haushalte in Deutschland verfügt nur noch über rund 1 Prozent des
12 gesamten Nettovermögens. Die oberen 10 Prozent besitzen dagegen fast 60
13 Prozent. 1970 lag dieser Wert noch bei 44 Prozent.³ Das reichste 1 Prozent besitzt
14 25 Prozent des Gesamtvermögens.
- 15
16 • Auch bei der Einkommensverteilung wachsen die Ungleichheiten. Im OECD-
17 Vergleich ist die Einkommensverteilung in Deutschland noch relativ egalitär.
18 Allerdings sind die Top-Gehälter im vergangenen Jahrzehnt um bis zu 10 Prozent
19 gestiegen, während die kleinen und mittleren Einkommen stagnieren oder gar
20 Reallohnverluste erlitten.
- 21
22 • Das gesamte Volksvermögen ist seit 2007 um fast zwei Billionen Euro gewachsen.
23 Das Nettovermögen der privaten Haushalte hat sich in den vergangenen 20 Jahren
24 mit rund 15 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Das Nettovermögen des Staates ist
25 jedoch gleichzeitig um rund 800 Millionen Euro gesunken – ein Ergebnis der
26 Privatisierungen der vergangenen Jahrzehnte.⁴ Bund, Länder und Gemeinden sind
27 mit rund 2 Billionen Euro verschuldet. Die gesamten staatlichen Investitionen sind
28 gemessen an der Wirtschaftsleistung viel zu niedrig und sinken weiter. Der Anteil der
29 öffentlichen Investitionen liegt weit unter dem EU-Durchschnitt.⁵
- 30
31 • Insgesamt: Die Staatsquote, also das Verhältnis der Ausgaben des Staates zum
32 Bruttoinlandsprodukt (BIP), ist in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten
33 stark gesunken. Sie ist von 54,6 Prozent in 1995 über 46,1 Prozent in 2005 auf 43,9
34 Prozent im Jahre 2014 gefallen.⁶ Die Staatsschuldenquote, also das Verhältnis der

³ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

⁴ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

⁵ Handelsblatt vom 23. Mai 2013.

⁶ Angabe Bundesfinanzministerium.

1 Gesamtverschuldung des Staates zum Bruttoinlandsprodukt, ist in diesem Zeitraum
2 von 56 Prozent in 1995 auf 69 Prozent in 2005 gestiegen, hat 2010 den Höchststand
3 von 82 Prozent erreicht und ist seitdem auf 75 Prozent in 2014 stark abgefallen.⁷
4

5 Diese Schlaglichter zeigen deutlich: Auch das wirtschaftlich starke Deutschland entwickelt
6 sich in die falsche Richtung. Auch wenn die aktuellen Steuermehreinnahmen und günstigen
7 Steuerschätzungen für die nächsten Jahre das Bild etwas aufhellen, beschreibt die Formel
8 vom privaten Reichtum und der öffentlichen Armut mindestens einen Teil der Realität in
9 Deutschland sehr zutreffend.
10

11 **Es gilt, das Versprechen des deutschen Grundgesetzes zu erneuern und einzulösen:**
12 **Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll**
13 **zugleich der Allgemeinheit dienen.**
14

15 Das neoliberale Denken überwinden – Neue Antworten finden

16

17 Während die Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen weiter zunimmt,
18 verliert der Staat die Fähigkeit, entscheidende Bereiche der sozialen Zukunftssicherung und
19 staatlichen Infrastruktur ausreichend zu finanzieren. Das ist kein Zufall. Denn die
20 Globalisierung, der neue Finanzkapitalismus und eine Wirtschaftspolitik nach den Lehrsätzen
21 der Denkschule des Neoliberalismus sind Beschleuniger für die soziale Spaltung unserer
22 Gesellschaften in oben und unten, für die Schwächung staatlicher Handlungsfähigkeit und
23 auch für die brisante Zunahme ökologischer Risiken.
24

25 Die **Globalisierung** hat nach dem Zusammenbruch der Ost-West-Blockkonfrontation vor 25
26 Jahren zu einer Aufhebung der Grenzen und einer Deregulierung der internationalen Märkte
27 für Warenhandel und Dienstleistungen sowie Investitionen, Arbeitskräfte und Geldgeschäfte
28 geführt. Die Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte und Finanzplätze ist heute weltweit. Die
29 Regierungen konkurrieren mit niedrigen Steuern, hohen staatlichen Subventionen, niedrigen
30 Arbeitslöhnen, der Schwächung von Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechten sowie
31 geringen Umweltauflagen um die Ansiedlung von Unternehmen und Kapital. Zudem ist der
32 globale **Finanzkapitalismus** weitgehend unabhängig vom realen Wirtschaftsgeschehen und
33 bewegt gigantische Geldmengen zu Spekulationszwecken in Sekundenschnelle mittels der
34 digitalen Kommunikation rund um den Globus. Häufig geht es nur darum, ohne
35 realwirtschaftliche Grundlage aus riesigem Geld noch mehr Geld zu machen. Die oft
36 horrenden Gewinne suchen schon im nächsten Moment nach neuen Anlagemöglichkeiten

⁷ Angabe Internationaler Währungsfonds.

1 mit noch höheren Renditen. Dies ist die Welt der Kredite, Fonds oder Anleihen, der Derivate
2 und Optionen, der Optionen auf Optionen, der Swaps und vieler anderer so genannter
3 Finanzmarktprodukte, die selbst von denen, die damit handeln, kaum noch verstanden
4 werden.

5

6 Die ideologische Klammer, die diese extreme Form der Weltökonomie und des
7 Finanzkapitalismus zu legitimieren versucht, ist der so genannte **Neoliberalismus**. Diese
8 Denkrichtung ist in den USA entstanden, wurde durch die Politik des früheren US-
9 Präsidenten Ronald Reagan und der britischen Premierministerin Margret Thatcher
10 propagiert und kann seit dem Zusammenbruch des Kommunismus vor 25 Jahren als die
11 heute herrschende Lehre der Ökonomie betrachtet werden.

12 Das Credo der Neoliberalen ist einfach und radikal: Der Markt kann alles besser und billiger
13 und alles Heil kommt vom Wirtschaftswachstum. Staatliche Eingriffe – durch Steuern oder
14 Sozialpolitik – werden dadurch als schädlich diskreditiert. Diese verdrehte Sichtweise hat
15 auch im täglichen Sprachgebrauch Spuren hinterlassen: Der Staat greife seinen wehrlosen
16 Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche und wer sich so verhalte, sei ein Dieb. Von hier bis
17 zur Rechtfertigung von Steuerhinterziehung ist es nicht weit.

18

19 Neoliberale behaupten zudem, dass der Markt allein Gerechtigkeit schaffe. Denn ohne hohe
20 Gewinne und Kapitalbildung gäbe es keine Investitionen und damit auch kein
21 Wirtschaftswachstum. Da aber die Bezieher kleiner Einkommen ohnehin kaum Kapital
22 bilden, weil sie den größten Teil ihrer Einkommen gleich wieder für ihren Lebensunterhalt
23 ausgeben, komme es darauf an, dass wenigstens die Reichen etwas auf die Seite legen,
24 womit andere dann Firmen gründen, Fabriken bauen, Forschung betreiben und Innovationen
25 voran bringen können. Die neoliberale Gerechtigkeit besagt im Kern: Die Armen dürfen nicht
26 reicher werden, ehe die Reichen noch reicher geworden sind. Denn wenn es den
27 Unternehmen gut gehe, verbessere sich die Lage für alle.

28

29 **Vergegenwärtigt man sich, dass beispielsweise bei einer Ertragsrate von fünf Prozent**
30 **der Wert des Kapitals alle 14 Jahre verdoppelt wird, während das Bruttosozialprodukt**
31 **oder die Löhne und Gehälter bei einer jährlichen Steigerungsrate von zwei Prozent 35**
32 **Jahre brauchen um sich zu verdoppeln, wird schnell klar mit welcher Dynamik die**
33 **ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen vor sich geht.**

34

35 Wo das neoliberale Denken Fuß gefasst hat, ist dieses zum Standardrepertoire der
36 Wirtschaftspolitik geworden: die Deregulierung der Märkte von staatlichen Eingriffen, die
37 Privatisierung von Staatsbesitz, Steuersenkungen, die Schaffung von Niedriglohnsektoren,

1 längere Arbeitszeiten, rückläufige Reallöhne, Rentenkürzungen, die Reduzierung staatlicher
2 Daseinsfürsorge in ganzer Breite. Umwelt- und Klimaschutz werden entweder wegen ihrer
3 Kostenbelastung zur Nebensache erklärt oder die Kosten der Unternehmen werden
4 externalisiert, das heißt der Öffentlichkeit aufgebürdet. Je schwächer ein Staat und seine
5 Wirtschaft sind, desto einfacher ist es für Institutionen (wie dem Internationalen
6 Währungsfonds, der Weltbank oder Privaten) einem Land eine solche Wirtschaftspolitik
7 aufzuzwingen. So entstehen in der Dritten Welt die so genannten verlängerten Werkbänke
8 bis hin zu den „Sweatshops“, brachiale Sklavenbetriebe, die jedem sozialen Anspruch
9 spotten.

10 **Kein Zweifel: Neoliberale Wirtschaftspolitik ist unvereinbar mit den**
11 **sozialdemokratischen Grundwerten.**

12

13 Mit dem Ausbruch der dramatischen Banken- und Finanzmarktkrise im Jahre 2008 schien es
14 zunächst so, als sei das neoliberale Wirtschaftsmodell am Ende. Der damalige
15 Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier sagte auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin:

16 „Dieses Jahr 2008 wird als Einschnitt in die Geschichtsbücher eingehen. Jeder spürt es:
17 Wir stehen am Anfang einer neuen Zeit. Wir erleben einen Umbruch; für uns in
18 Deutschland ist es der wichtigste Einschnitt seit dem Fall der Mauer. Die Herrschaft
19 einer marktradikalen Ideologie, begonnen mit Margaret Thatcher und Ronald Reagan,
20 ist mit einem lauten Knall zu Ende gegangen.“

21

22 Diese Einschätzung hat sich nicht bestätigt. Es ist seitdem nicht gelungen, der
23 Globalisierung und den Finanzmärkten durch wirksame Regeln Grenzen zu setzen. Im
24 Gegenteil: Wie das Vorgehen der Troika der Eurogroup aus Internationalem Währungsfonds,
25 Europäischer Zentralbank und EU-Kommission gegenüber Griechenland zeigt, ist der
26 Glaube an die Wirksamkeit des neoliberalen Konzepts ungebrochen. Hier wird die Lösung
27 der verschleppten Bankenkrise und der Überschuldung des griechischen Staates zum
28 Anlass genommen, dem Land ein radikales liberales „Reformprogramm“ aufzuzwingen,
29 um die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ zu verbessern. Die Folgen für die Wirtschaft,
30 für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die sozial Schwachen des Landes sind
31 verheerend: Das Wirtschaftswachstum ist heute niedriger, die Arbeitslosigkeit mit rund 25
32 Prozent höher als vor der so genannten „Rettung“. Die Renten sind dramatisch gesunken
33 und das Gesundheitswesen wurde nahezu zerstört, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei fast
34 60 Prozent.

35

36 **Die neoliberale Wirtschaftspolitik ist längst zu einer Gefahr für den sozialen und**
37 **politischen Zusammenhalt der Europäischen Union geworden.**

38

1 Aber auch im reichen Deutschland – mit einem relativ hohen Anteil industrieller Produktion,
2 einer robusten mittelständischen Wirtschaft und einer starken Gewerkschaftsbewegung
3 sowie vergleichsweise moderater Staatsverschuldung – haben die vergangenen zwei
4 Jahrzehnte der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik deutliche Spuren
5 hinterlassen.

6

7 Bereits in den 1970/80er Jahren hat sich die Anhänger- und Wählerschaft der SPD in
8 Gewinner und Verlierer gespalten. Für die einen ging es infolge der damaligen
9 Bildungsexpansion wirtschaftlich und gesellschaftlich nach oben. Für die anderen ging es
10 aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels mit dem Abbau industrieller Arbeitsplätze
11 nach unten. Diese Spaltung der traditionellen Wählerschaft der SPD hält bis heute an und
12 verfestigt sich weiter durch die zunehmende „Prekarisierung“ am unteren Rand der
13 Gesellschaft.

14

15 Die Sozialreformen der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2003 („Agenda 2010“)
16 waren und sind in der SPD hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Folgen umstritten. Mehr als
17 fünf Millionen Arbeitslose gab es vor einem Jahrzehnt in Deutschland. Heute sind zwei
18 Millionen Menschen weniger arbeitslos und die Jugendarbeitslosigkeit ist die niedrigste in
19 Europa. Dass die Sozialreformen des Jahres 2010 einen wesentlichen Anteil an der
20 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatten, ist unbestreitbar. Hinzu kamen gesellschaftspolitisch
21 wichtige Akzente wie die Erhöhung der Bildungsausgaben und Investitionen zur Förderung
22 von Ganztagschulen, um Schüler und Schülerinnen länger und besser zu betreuen.
23 Deutschland ist letztlich besser durch die weltweite Finanzkrise der Jahre 2008/2009
24 durchgekommen als viele andere Länder Europas. Es hat heute die zweithöchste
25 Beschäftigungsquote in Europa und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als je
26 zuvor.

27

28 Dennoch: Die rot-grünen Sozialreformen hatten und haben einen fundamentalen
29 Vertrauensverlust der SPD in ihrer angestammten Wählerschaft zur Folge. Mit dem
30 Arbeitslosengeld II aber wurden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zwanzig, dreißig
31 Jahre lang gearbeitet haben, mit denen gleichgestellt, die noch nie erwerbstätig waren. Vor
32 allem ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten fürchten, trotz jahrzehntelanger
33 Beschäftigung am Ende ihres Arbeitslebens in der Sozialhilfe zu landen. Dies ist von vielen
34 Menschen als eine Entwertung ihrer Lebens- und Arbeitsleistung aufgefasst worden. Das
35 Ausmaß der Ängste und der Empörung gerade in der gewerkschaftsnahen
36 Facharbeiterschaft, welche die SPD als „ihre Partei“ betrachtet haben, ist von der damaligen
37 Parteiführung krass unterschätzt worden. Hinzu kam der Missbrauch von

1 Beschäftigungsanreizen, die als Brücke in reguläre Arbeit gedacht waren und im Ergebnis zu
2 einer dauerhaften Ausdehnung des Niedriglohnsektors mit massenhaft prekären
3 Arbeitsverhältnissen geführt haben.

4 Auf diese Weise wurden erhebliche Abstiegsängste bis weit hinein in die Mittelschicht
5 getragen. Die Wählerschaft der SPD erwartet von „ihrer Partei“ seit jeher, dass sie sozialen
6 Zusammenhalt und Gerechtigkeit organisiert. Große Teile der Arbeitnehmerschaft empfinden
7 die Politik „ihrer Partei“ als gegen ihre Interessen gerichtet und haben der SPD den Rücken
8 gekehrt.

9

10 Auch die Glaubwürdigkeit des historischen Aufstiegsversprechens der Sozialdemokratie
11 wurde damals in Zweifel gezogen. Während der Neoliberalismus ein Reichtumsversprechen
12 für die reichen Kapitalbesitzer darstellt, ist das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen
13 die Zusage, dass jeder und jede alles werden kann – unabhängig von der sozialen Herkunft
14 – weil für alle dieselben Ausgangsbedingungen geschaffen werden. Chancengleichheit soll
15 gewährleisten, dass die nächste Generation die heutige Ungleichheit bei den Einkommen
16 und Lebensverhältnissen durch eigene Anstrengungen, Fleiß, Willen und Begabung
17 individuell überwinden kann. Individueller Erfolg und sozialer Aufstieg wurden so maßgeblich
18 abhängig von den selbst erbrachten Leistungen betrachtet.

19

20 Das ist nicht falsch, aber nur die eine Seite der Medaille. Denn eingelöst werden kann das
21 Aufstiegsversprechen nur in einer solidarischen Gesellschaft, die auch reale Chancen auf
22 dem Arbeitsmarkt bietet, ein hochwertiges, für alle Bevölkerungsschichten offenes und
23 durchlässiges Bildungssystem zur Verfügung stellt und über einen Sozialstaat verfügt, der
24 die existenziellen Lebensrisiken absichert. Die rot-grüne Reformpolitik hat jedoch die Maxime
25 sozialdemokratischer Politik umgekehrt: Der Leistungsgedanke hat die Solidarität verdrängt.
26 Erst die eigene Anstrengung, nur dann kommt die Solidarität der Gesellschaft zu Hilfe
27 („fordern und fördern“). Beim Aufstiegsversprechen der Sozialdemokratie ging es aber um
28 etwas anderes, nämlich um die Befreiung der individuellen Lebenschancen von den
29 Zufälligkeiten der sozialen Herkunft oder des Geschlechts. Es ging immer um individuelle
30 Leistung und soziale Sicherheit in einer Gesellschaft, in der Politik mehr
31 Verteilungsgerechtigkeit und einen intakten Sozialstaat gewährleistet.

32

33 **Die rot-grüne Reformpolitik hat die Identität der SPD verwischt. Die Anpassung an den**
34 **neoliberalen Mainstream hat der SPD nicht den Weg in die Mitte geöffnet, sondern ihre**
35 **Wählerbasis und Mehrheitsfähigkeit in Deutschland massiv geschwächt.**

36 Zwischen 1998 (20,2 Millionen Wähler bei der Bundestagswahl) und 2009 (10 Millionen
37 Wähler) hat die SPD die Hälfte ihrer Wählerschaft verloren. Das war das schlechteste

1 Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl. Das zweitschlechteste folgte 2013 mit 11,2
2 Millionen Wählerinnen und Wählern. Die SPD ist nach wie vor entfremdet von großen Teilen
3 ihrer Wählerbasis. Viele der ehemaligen und heute sozial abgehängten SPD-Wähler gehen
4 nicht mehr zu Wahl. In Deutschland besteht ein enger Zusammenhang zwischen
5 sozioökonomischem Status und Wahlbeteiligung: Je geringer der Bildungsgrad und das
6 Einkommen, je höher die Arbeitslosigkeit und je schlechter das Wohnungsumfeld desto
7 geringer die Wahlbeteiligung. In den besser gestellten Wohngebieten ist die
8 Wahlbeteiligung häufig erheblich höher als in den sozial schwachen Vierteln. Dort wo es den
9 Menschen nicht gut geht, bleiben meist auch die Wahlurnen leer.

10

11 **Die SPD muss ihre Glaubwürdigkeit in dem für sie historisch zentralen Politikfeld der**
12 **Bekämpfung sozialer Ungleichheit zurückgewinnen.** Von den Wählerinnen und Wählern,
13 die bei der Bundestagswahl 2013 zu Hause geblieben sind, würden 50 Prozent SPD wählen,
14 wenn sie zur Wahl gingen. Wie die SPD wieder Wahlen gewinnen kann, ist vor diesem
15 Hintergrund ziemlich eindeutig: Nur wenn der Teil der Wählerschaft, der sich in den
16 vergangenen Jahren von Politik und Wahlen verabschiedet hat, in der SPD wieder den
17 Türöffner für eine Verbesserung ihrer sozialen Lage sieht, ist die SPD in der Lage wieder
18 sozialdemokratisch-geführte Bundesregierungen zu bilden.

19

20 **Die aktuelle Krise der SPD ist also im Kern mitnichten ein „Imageproblem“. Sie ist**
21 **vielmehr die Folge eines langfristigen Glaubwürdigkeitsverlusts als**
22 **Arbeitnehmerpartei und als Partei der sozialen Gerechtigkeit.** Die sozialdemokratische
23 Erfahrung der vergangenen fünfzehn Jahre ist, dass die SPD als eine an den
24 Neoliberalismus angepasste Partei der Mitte keine Machtperspektive hat.

25

26 Die kritische Diskussion der Sozialreformen des Jahres 2003 fällt der SPD immer noch
27 schwer. Denn eine solche Diskussion wird mit Personen verknüpft, die auch Historisches für
28 die SPD geleistet haben. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mit seiner Bundesregierung
29 eine moderne Gesellschaftspolitik betrieben und mit dem Nein zum Irak-Krieg ein
30 historisches Zeichen gesetzt, während Angela Merkel sich damals für den Kriegseintritt an
31 der Seite von George Bush stark gemacht hat. Es geht in der wirtschafts- und
32 sozialpolitischen Diskussion nicht um Kritik an Einzelnen, sondern es geht darum, aus
33 problematischen Entscheidungen der Vergangenheit die richtigen Schlussfolgerungen für die
34 Zukunft zu ziehen. Es geht um die Bestandsaufnahme einer Politik, der Bundesparteitage
35 der SPD mit großer Mehrheit zugestimmt haben. Eine solche Bestandsaufnahme ist die
36 Voraussetzung, um verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Innerparteiliche
37 Solidarität bedeutet: ehrliche Analyse, faire Diskussion und respektvoller Umgang

1 miteinander. Nur so gelingen neue Antworten und mehr Gemeinsamkeit bei der Bewältigung
2 der Zukunftsaufgaben.

3

4 **Die SPD als Alternative – Für eine strategische Gerechtigkeitspolitik**

5

6 **Die Sozialdemokratie muss als Partei der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität klar**
7 **erkennbar sein. Sie muss sichtbare Alternative zur Union sein.** Dazu gehört es, den
8 Exzessen von Globalisierung, Finanzkapitalismus und Neoliberalismus entschieden Grenzen
9 zu setzen und eine Vision von einer sozial gerechten, solidarischen Gesellschaft zu
10 entwickeln. Dazu gehören pragmatische Schritte auf dem Weg dahin.

11

12 **Die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland sehen wir als**
13 **Startschuss für eine neue strategische Gerechtigkeitspolitik:**

14

15 • Wir wollen, dass in unserer Gesellschaft jede und jeder ihr bzw. sein persönliches
16 Potential voll entfalten können muss. Sozialer Aufstieg bedeutet vor allem, sich aus
17 schlechteren Lebensumständen zu befreien.

18

19 • Wir sagen Menschen nicht, wie sie leben sollen, sondern helfen ihnen so zu leben,
20 wie sie es wollen.

21

22 • Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit gut leben
23 können, und dass staatliche Lohnsubventionen deshalb überflüssig werden. Wir
24 wollen ausdrücklich nicht den Vollkasko-Versorgungsstaat, der Menschen in
25 Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung hält und sie durch Bürokratie kontrolliert
26 und entmündigt.

27

28 • Wir wollen die Entgeltgleichheit bei Männern und Frauen, also gleichen Lohn für
29 gleiche Arbeit.

30

31 • Wir wollen Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen helfen, sich im Beruf
32 und in der Gesellschaft zu behaupten. Deshalb treten wir zum Beispiel für
33 gebührenfreie Kitas ein, die insbesondere auch den alleinerziehenden Eltern helfen,
34 Beruf und Kinder besser miteinander zu vereinbaren.

35

36 • Wir wollen, dass Menschen möglichst keine Sozialleistungen brauchen. In
37 existenziellen Lebenssituationen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder

1 Pflegebedürftigkeit müssen sie jedoch durch gute, zuverlässige und ausreichende
 2 soziale Leistungen geschützt sein. Wir stehen also nicht im Wettbewerb mit der
 3 Linkspartei um höhere Sozialleistungen, sondern wollen Sozialleistungen überflüssig
 4 machen.

- 5
- 6 • Wir wollen ein Rentenniveau, das Menschen im Alter erlaubt gut zu leben.
- 7
- 8 • Wir wollen, dass die Bürger und Bürgerinnen und die Wirtschaft im Alltag auf eine
 9 intakte, moderne und gut ausgebaute staatliche Infrastruktur bauen können. Das
 10 beginnt bei zuverlässiger Kita- und Unterrichtsversorgung, geht weiter mit intakten
 11 Verkehrswegen, guten und bezahlbaren Wohnungen, sicherer und günstiger Energie
 12 und Telekommunikation.
- 13
- 14 • Wir widersetzen uns jeder Art von Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen.
 15 Wir setzen auf Integration und Inklusion.
- 16
- 17 • Wir brauchen starke Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit ihren starken
 18 Gewerkschaften und Betriebsräten gute Arbeit und gute Löhne durchsetzen. Daher
 19 wollen wir die Rechte von Beschäftigten, Arbeitnehmervertreterinnen- und vertretern
 20 sowie ihre Gewerkschaften stärken und ausbauen.

21

22 Eine solche Politik schafft zugleich Arbeitsplätze, Einkommen und qualitatives Wachstum.
 23 Sie erfordert allerdings ein kluges und schlüssiges Konzept, um die Einnahmehasis des
 24 Staates seinen Aufgaben entsprechend zu verbessern und für mehr Verteilungsgerechtigkeit
 25 zu sorgen. Angesichts wachsender Ungleichheit muss die Steuerpolitik die Verteilung von
 26 Einkommen und Vermögen korrigieren:

- 27
- 28 • Wir halten es für zumutbar, jene Spitzenverdiener und Besitzer großer Vermögen, die
 29 weit entfernt davon sind, sich über ihren Lebensunterhalt Sorgen machen zu müssen,
 30 stärker als bisher an einer gerechten Finanzierung wichtiger staatlicher
 31 Zukunftsaufgaben zu beteiligen. Das wird uns - so sicher wie das Amen in der Kirche
 32 - den Vorwurf eine Neiddiskussion entfachen zu wollen, eintragen. Wir aber halten
 33 mehr Gerechtigkeit bei der staatlichen Finanzierung für Solidarität und sozialen
 34 Patriotismus.
- 35
- 36 • Wir brauchen eine einheitliche Unternehmensbesteuerung in der EU und die
 37 weltweite Beseitigung von Steueroasen, um das internationale Steuerdumping zu

1 beenden. Das ist notwendig, damit die nationalstaatlichen Steuer- und Sozialpolitiken
2 nicht länger unterlaufen werden.

3

4 Letztlich geht es im Kampf um soziale Gerechtigkeit darum, die europäische Idee des
5 demokratischen Rechtsstaats zu verteidigen und zu erneuern. Perspektivlosigkeit am
6 unteren Rand unserer Gesellschaften, sinkende Wahlbeteiligungen und das europaweite
7 Anwachsen von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind eine ernst zu nehmende
8 Gefahr für die europäischen Demokratien.

9

10 In der Demokratie brauchen wir Mehrheiten für unsere Politik, das heißt eine umfassende
11 Zustimmung durch die Bürgerinnen und Bürger. Eine Sozialstaatspolitik, die auf die
12 Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und den Schutz der sozial Schwächeren zielt, braucht
13 insbesondere die Unterstützung der Mittelschicht. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass mit dem
14 sozialen Aufstieg der Menschen ihre Unterstützung für den Sozialstaat häufig abnimmt. Die
15 Befürchtung ist hier, mehr einzuzahlen als man selbst aus dem System heraus bekommt.
16 Die Erfahrung zeigt aber auch, dass die Zustimmung für eine wirksame Sozialstaatspolitik in
17 der Mittelschicht unter folgenden Bedingungen wächst:

18

- 19 • wenn es bei der Verteilung der Lasten tatsächlich gerecht zugeht, die wirklich starken
20 Schultern also mehr tragen als die schwächeren,
21
- 22 • wenn die sozialen Sicherungssysteme und Dienstleistungen tatsächlich effizient und
23 von guter Qualität sind und
24
- 25 • wenn die Angehörigen der Mittelschicht sich selbst in sozialen Notlagen gut gesichert
26 fühlen.

27

28 Das bedeutet: Die Bürgerinnen und Bürger der Mittelschicht werden einer Sozialstaatspolitik
29 nur dann mehrheitlich zustimmen, wenn sie einen glaubhaften und wirksamen
30 Versicherungs- und Risikoschutz für die existentiellen Risiken des Lebens bietet, von
31 denen auch sie selbst betroffen sein könnten. Dann aber darf von ihnen nicht verlangt
32 werden, im Falle eigener Arbeitslosigkeit oder Krankheit, erst das eigene Vermögen
33 aufzulösen oder sich diskriminierenden Bedürftigkeitsprüfungen zu unterziehen.

34

35 Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind überzeugt: Man darf die Dinge nicht so
36 hinnehmen wie sie sind. Man kann sie verändern. Eine linke Volkspartei muss sie verändern.
37 Wir wollen nicht wie die Konservativen alles so belassen wie es ist.

1 Wir wollen Ungleichheit und Ungerechtigkeit bekämpfen. Und dabei basteln wir nicht, wie die
2 Linkspartei, an Illusionen und Scheinrealitäten. „Es ist wichtiger im Kleinen zu tun, als im
3 Großen darüber zu reden.“ (Willy Brandt). Mehr Gerechtigkeit wagen. Dafür lassen sich
4 neues Vertrauen und neue Mehrheiten gewinnen. Die Zeit ist reif!

5
6

7 **2. VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT**

8

9 **Unser ökonomisches Modell – Eigentum verpflichtet!**

10

11 Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Dies
12 bedeutet, dass nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch Chancen und Risiken
13 gesellschaftlich gerecht verteilt sein müssen. Nicht gemeint ist Gleichmacherei – im
14 Gegenteil! Nur vor dem Hintergrund gerechter Verteilung ergibt sich Raum für die Entfaltung
15 individueller Fähigkeiten und Potenziale. Folglich dürfen natürliche Ungleichheit und soziale
16 Herkunft niemals zum sozialen Schicksal werden. Der Markt allein leistet keine gerechte
17 Verteilung von Ressourcen, Chancen und Risiken. Dazu bedarf es einer zielgerichteten
18 Verteilungspolitik und eines aktiven und starken Staates.

19

20 **Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der die eigene Herkunft nicht über den**
21 **weiteren Lebensweg entscheidet. Wir wollen vielmehr, dass eigene Fähigkeiten und**
22 **eigenes Engagement über das persönliche Fortkommen entscheiden.**

23

24 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Leistung belohnt wird und in der Menschen das eigene
25 Schicksal fest in der Hand haben. Um dies zu ermöglichen, muss der Staat die notwendigen
26 Rahmenbedingungen schaffen. Wichtigste Voraussetzung ist eine gerechte Einkommens-
27 und Vermögensverteilung. Sie muss so gestaltet sein, dass sie Wohlstand für alle Menschen
28 ermöglicht und damit das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft verwirklicht.
29 Dies bedeutet eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen und Vermögen sowie eine
30 stärkere Belastung hoher Einkommen und vor allem der Vermögen.

31

32 Eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung im sozialdemokratischen Sinne
33 verhindert keinen Reichtum, sondern sorgt dafür, dass dieser ausschließlich durch eigene
34 Leistung erworben werden kann.

35

36

37

1 Einkommen und Vermögen in Deutschland

2

3 Betrachtet man zunächst die **Entwicklung der Einkommen in Deutschland**, zeigt sich
4 bezogen auf die letzten Jahre ein deutlicher Anstieg der Ungleichheit auf einem – im
5 europäischen Vergleich – moderatem Niveau.⁸ Erklärbar ist der Anstieg insbesondere durch
6 die starke Zunahme hoher Einkommen, während niedrige und mittlere Einkommen im letzten
7 Jahrzehnt stagnierten oder gar preisbereinigt gesunken sind. Gelingt es künftig der
8 Sozialdemokratie durch Maßnahmen wie den Mindestlohn und eine verbesserte Tarifbindung
9 auch im niedrigen und mittleren Einkommensbereich höhere Lohnsteigerung durchzusetzen,
10 könnte der Anstieg der Lohnungleichheit gestoppt werden. Weitere wichtige
11 Voraussetzungen dafür sind aber auch die finanzielle Entlastung kleiner und mittlerer
12 Einkommen sowie die stärkere Belastung hoher Einkommen.

13

14 Bei der Verteilung von **Vermögen** ergibt sich ein drastischeres Bild. **Innerhalb der**
15 **Eurozone weist Deutschland die höchste Vermögensungleichheit auf.** Insgesamt
16 verfügen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über knapp 60 Prozent des
17 Gesamtvermögens. Allein das reichste Prozent vereint rund ein Viertel des
18 Gesamtvermögens auf sich. Während die unteren 60 Prozent der Bevölkerung gerade
19 einmal über 3 Prozent des Gesamtvermögens verfügen.⁹ Seit 1992 hat sich der
20 Gesamtbestand an privatem Vermögen von knapp 4,6 Billionen Euro auf rund 10 Billionen
21 Euro verdoppelt.¹⁰ Damit ist das Vermögen fünfmal so hoch wie das gesamte
22 Bruttoinlandsprodukt eines Jahres. Im Gegensatz zu anderen Staaten ist der Großteil dieses
23 Vermögens ererbt. Während in den USA 76 Prozent der heutigen Millionäre ihr Vermögen
24 selbst erwirtschaftet haben, sind es in Deutschland nur 41 Prozent.¹¹

25

26 Als wichtiger Baustein für mehr Leistungsgerechtigkeit rückt deshalb die Erbschaftssteuer in
27 den Blick. Erbe ist leistungsloses Einkommen, weil die Erbenden nichts zu ihrem
28 Vermögenszuwachs beitragen. Im Jahr 2013 lag das Aufkommen der Erbschaftssteuer bei
29 ca. 4,6 Milliarden Euro. Ein extrem geringer Betrag. So liegt beispielsweise die Tabaksteuer
30 bei einem Aufkommen von rund 13,8 Milliarden Euro. Das Ungleichgewicht wird umso
31 deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass 2013 Vermögen im Wert von 254 Milliarden
32 Euro vererbt wurde.¹² Das bedeutet in Relation zum Aufkommen eine reale Steuerbelastung
33 von 1,7 Prozent. Durch diese mangelnde Besteuerung von Erbe potenziert sich soziale

⁸ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

⁹ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

¹⁰ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

¹¹ Wealth-X „World Ultra Wealth Report 2013-2014.

¹² Statistisches Bundesamt.

1 Ungleichheit über Generationen hinweg. Dies bedeutet auch, da in den nächsten Jahren
2 Billionen vererbt werden, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

3

4 Zu der gewachsenen Kluft bei der Vermögensverteilung haben auch die Steuersenkungen
5 der letzten 20 Jahre beigetragen. Exemplarisch genannt seien hier die Einführung der
6 Abgeltungssteuer, die Abschaffung der Vermögenssteuer, die Senkung der
7 Erbschaftssteuer, die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Senkung der
8 Körperschaftssteuer.

9

10 **Diese steuerliche Privilegierung von Kapitaleinkommen unterläuft konsequent das**
11 **zentrale Versprechen sozialer Marktwirtschaft, das „Wohlstand für alle“ (Ludwig**
12 **Erhard) einfordert.** Während hohe Einkommen und Vermögen auf diesem Weg finanziell
13 entlastet wurden, hat der Druck auf mittlere und niedrige Einkommen durch steigende
14 Sozialversicherungsbeiträge, neue Verbrauchssteuern, Privatisierungen im Bereich der
15 öffentlichen Daseinsvorsorge, die Kosten der Energiewende, die Erhöhung der
16 Mehrwertsteuer sowie die Steuerpflichtigkeit der Rentenversorgung zugenommen.

17

18 **Mit der extremen Konzentration von Kapital in den Händen weniger Fonds und**
19 **Unternehmen geht zugleich eine Konzentration von Macht einher, die bar jeder**
20 **demokratischen Legitimation ist.** Schon im Godesberger Grundsatzprogramm der
21 Sozialdemokratie von 1959 wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass wirtschaftliche
22 Macht auch Staatsgewalt vereinnahmen kann. In der Tat ist der wirtschaftliche Einfluss auf
23 die Entscheidungen von Politik zu einem gravierenden Problem hinsichtlich der Demokratie
24 in Staat und Gesellschaft geworden.

25

26 Auf diese Weise wurde die natürliche Ungleichheitstendenz des Kapitalismus noch verstärkt.
27 Diese Wirkung wurde in jüngster Zeit erneut durch die Studie „Kapital im 21. Jahrhundert“
28 von Thomas Piketty nachgewiesen. **Weil die Rendite auf Kapital langfristig über dem**
29 **Wirtschaftswachstum liegt, ist eine zunehmende Kluft zwischen Vermögenden und**
30 **Arbeitenden zwangsläufig, wenn Politik nicht entschlossen gegensteuert.**

31

32 In einem engen Zusammenhang mit dem Wachstum privater Vermögen stehen die
33 gestiegenen Unternehmensgewinne. Der addierte Jahresgewinn deutscher Unternehmen im
34 Jahr 1991 betrug ca. 160 Milliarden Euro. Im Jahr 2013 betrug es mit ca. 490 Milliarden Euro
35 mehr als das Doppelte. Kritisch ist zudem die Entwicklung der an den Gewinnen
36 gemessenen Nettoinvestitionsquote. Diese sank von knapp 50 Prozent im Jahr 1991 auf 2,5

1 Prozent im Jahr 2013.¹³ Damit wird der alte Satz von Helmut Schmidt ausgehebelt, der
2 besagt: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von
3 übermorgen.“ Wenn die Gewinne nicht mehr reinvestiert, sondern für den Kauf von
4 Finanzprodukten ohne realwirtschaftlichen Wert genutzt werden, wird das Kapital dem
5 Wirtschaftskreislauf dauerhaft entzogen. Neue Maschinen, Innovationen und Arbeitsplätze
6 können auf diese Weise nicht finanziert werden. Die geringen Investitionen in Deutschland
7 stellen ein ökonomisches Risiko dar, das aktuell nur durch die starke Exportorientierung
8 abgefedert wird.

9
10 Während die privaten Vermögen gewachsen sind, ist die Staatsverschuldung gestiegen.
11 Dies geht zum einen auf die größeren Aufwendungen für die Finanzierung der
12 Altersversorgung sowie auf die hohen Kosten der deutschen Einheit und der Bankenrettung
13 während der Finanzkrise zurück. Dies resultiert aber auch aus der Beschneidung der
14 Einnahmehasis der öffentlichen Hand. Von 538 Milliarden Euro im Jahr 1990 hat sich die
15 Verschuldung auf heute 2048 Milliarden Euro fast vervierfacht.¹⁴ Die Schuldenlast ist
16 dadurch zu einer bedrohlichen Bremse für dringend notwendige Investitionen in Bildung,
17 Soziales und Infrastruktur geworden.

18
19 **Insgesamt zeigt diese Analyse, dass durch die neoliberale Politik der letzten**
20 **Jahrzehnte das meritokratische Prinzip – der enge Zusammenhang von Leistung und**
21 **Ertrag – und damit die historische Basis der sozialen Marktwirtschaft außer Kraft**
22 **gesetzt wurde. Großes Talent und Anstrengung führen im heutigen Deutschland nicht**
23 **mehr automatisch zu (bescheidenem) Wohlstand. Stattdessen entscheiden vor allem**
24 **die eigene Herkunft und das leistungslos ererbte Vermögen über das weitere Leben.**
25 **Dies ist für die Sozialdemokratie kein tragbarer Zustand.**

26
27 **Wohlstand für alle verwirklichen – ein gerechtes Steuersystem schaffen**

28
29 Die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit und die Chance auf Wohlstand für alle sind mit
30 einem ambitionierten Reformpaket erreichbar. Für die Umsetzung werden Mehrheiten links
31 der Mitte nötig sein.

32
33 Am Anfang der Überlegungen steht eine **Anhebung des Steuerfreibetrages** auf 10.000
34 Euro, um insbesondere kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Zur Gegenfinanzierung
35 erfolgt eine Anhebung des **Spitzensteuersatzes** für Einkommen ab 120.000 Euro auf 49
36 Prozent. Bei dieser Reform der Einkommenssteuer soll zudem der Mittelstandsbauch

¹³ Daten: Statistischen Bundesamt; Berechnung: DGB.

¹⁴ Statistisches Bundesamt.

1 abgeschmolzen und die Rückkehr zu einer linearen Steuerprogression angestrebt werden.
2 Zudem wird das **Ehegattensplitting** für neu geschlossene Ehen abgeschafft und in eine
3 Individualbesteuerung mit einem Partnerschaftstarif für Verheiratete überführt. Bestehende
4 Ehen haben selbstverständlich Bestandsschutz. Zudem müssen finanzielle Nachteile für
5 Familien ausgeschlossen werden.

6
7 Das **Einkommen aus Kapitalerträgen** ist wieder mit dem individuellen
8 Einkommenssteuersatz zu besteuern, um die Privilegierung gegenüber der Erwerbsarbeit
9 rückgängig zu machen. Zentrales Instrument zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit
10 soll zukünftig die Erbschaftssteuer sein. Langfristig streben wir hier einen grundsätzlichen
11 Systemwechsel an, der vorsieht, dass **Erbschaften und Schenkungen** dem Einkommen
12 zugerechnet und ebenfalls mit dem individuellen Einkommensteuersatz besteuert werden.
13 Dabei wird ein einmaliger, lebenslanger Freibetrag von einer Million Euro pro Person
14 gewährt, so dass kleinere und mittlere Erbschaften steuerfrei übertragen werden können.

15
16 Um eine unverhältnismäßige Belastung durch einen überraschenden Erbfall zu verhindern,
17 besteht die Möglichkeit der Stundung gegen Beibringung von Sicherheitsleistungen
18 (Nießbrauchsrecht bei Unternehmen, Grundbucheintragung bei Grundstücken und Schiffen).
19 Erträge aus dem ererbten Vermögen müssen dann an den Staat abgeführt werden bis die
20 Schuld getilgt ist. Hierbei sind zeitliche Vereinbarungen so zu treffen, dass die
21 Investitionstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen erhalten bleibt und Verluste von
22 Arbeitsplätzen vermieden werden. Ebenfalls sind Modelle möglich, in denen der Staat zum
23 stillen Teilhaber wird und auf diesem Weg dauerhaft an den Gewinnen der Unternehmen
24 beteiligt wird.

25
26 Ferner treten wir dafür ein, wieder eine **Vermögenssteuer** mit einem Steuersatz von 0,5
27 Prozent einzuführen. Der geplante Freibetrag soll hier bei 2 Millionen Euro liegen. Um eine
28 transparente Besteuerung von Vermögen zu ermöglichen, sind zentrale Bankregister und
29 eine Intensivierung des internationalen Datenaustausches nötig.

30
31 Durch diese Mehreinnahmen wird der Staat finanziell in die Lage versetzt, die dringend
32 notwendigen Investitionen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Soziales zu leisten. An
33 der Konsolidierung der Staatsfinanzen halten wir fest, weil ein höherer Schuldendienst des
34 Staates insbesondere der Rendite der Vermögenden nutzt. Dennoch ist klar, dass
35 Investitionen Vorrang vor Tilgung haben. Damit dies auch für Länder und Kommunen gilt,
36 deren Handlungsspielräume in den letzten Jahrzehnten massiv eingeschränkt wurden,
37 bedarf es eines **Altschuldentilgungsfonds**. Aus demselben Grund bleibt es richtig, den

1 **Solidaritätszuschlag** sukzessive in die Einkommensteuer zu integrieren, damit auch die
2 Länder von den Einnahmen profitieren. Ein beträchtlicher Teil der geplanten Mehreinnahmen
3 muss den Kommunen zufließen, damit sie ihre zentralen Aufgaben im Bereich der
4 öffentlichen Daseinsvorsorge wahrnehmen können. Aus demselben Grund sollen künftig
5 auch Freiberufler in die Gewerbesteuer in Form einer **Kommunalsteuer** einbezogen
6 werden, um so die Einnahmehbasis der Kommunen zu stärken.

7

8 Neben diesem Reformpaket, bedarf es weiterer Maßnahmen zur Steigerung der
9 **Steuerehrlichkeit**. Deshalb wollen wir die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerbetrug
10 oberhalb einer Bagatellegrenze von 50.000 Euro abschaffen. Zusätzlich sind die
11 Finanzämter und die Steuerfahndung personell besser auszustatten. Der Ankauf von Steuer-
12 CDs wird fortgesetzt. Internationale Steueroasen sind in enger Koordination mit der
13 restlichen Staatengemeinschaft auszutrocknen. Banken, denen in zehn Fällen illegale
14 Steuervermeidungspraktiken nachgewiesen werden können, verlieren ihre Banklizenz. In
15 diesem Zusammenhang ist auch der Vorstoß aus Nordrhein-Westfalen bezüglich der
16 Einführung eines **Unternehmensstrafrechts** zu begrüßen. Die Umsetzung wäre ein
17 wesentlicher Beitrag zur Erreichung einer gerechteren Wirtschaftsordnung.

18

19 Um der zunehmenden Spreizung von Einkommen zu begegnen, wird die steuerliche
20 Absetzbarkeit der Gehälter über 500.000 Euro abgeschafft. Die **Körperschaftsteuer** für
21 Unternehmen ist wieder auf 20 Prozent anzuheben, um die hohen und kaum investierten
22 Gewinne dem Wirtschaftsprozess zuzuführen.

23

24 Neben diesen Maßnahmen auf nationaler Ebene, werden auch international neue
25 Anstrengungen nötig sein. Unternehmen und Kapital agieren heute global, so dass
26 durchgreifende Regeln ebenfalls auf globaler Ebene umgesetzt werden müssen. Ein erster
27 Zwischenschritt ist eine deutsche Initiative für ein europäisches **Mindeststeuerabkommen**,
28 das Korridore für Steuern und verbindliche Bemessungsgrundlagen vorschreibt, um der
29 Steuervermeidung innerhalb der EU entgegenzutreten. Seit Jahren steht die Umsetzung
30 einer europaweiten **Finanztransaktionssteuer** mit breiter Bemessungsgrundlage und
31 niedrigem Steuersatz aus. Dieses Projekt, das eine wichtige Konsequenz aus der
32 Weltfinanzkrise darstellt, muss endlich umgesetzt werden.

33

34

35

36

37

3. GUTE ARBEIT UND SOZIALE SICHERHEIT

Arbeit, Sicherheit und die soziale Demokratie

Der Wert der Arbeit ist zentral für die Würde des Menschen. Arbeit ist weit mehr als Geld verdienen. Sie ist der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Arbeit verdient deshalb Respekt und Anerkennung, was sich auch im Lohn niederschlagen muss. Dabei ist nicht jede Arbeit gute Arbeit – wir haben bewährte Standards, an denen wir ihre Qualität messen müssen. **Gute Arbeit wird gerecht entlohnt, ermöglicht volle Teilhabe am sozialen Sicherungssystem, bietet Anerkennung, macht nicht krank, nutzt die erworbenen Qualifikationen und garantiert demokratische Teilhabe sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.** Der Markt allein stellt diese Qualität von Arbeit nicht ausreichend zur Verfügung. Deshalb muss Politik regelnd eingreifen.

Als Sozialdemokratie sehen wir Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches und nicht als individuelles Problem. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss deshalb eine Kultur der zweiten und dritten Chancen etablieren. Arbeitslosigkeit grenzt aus und macht krank. **Deshalb bleibt unser zentrales arbeitsmarktpolitisches Ziel die Vollbeschäftigung.** Vollbeschäftigung bedeutet heute nicht mehr, dass ein Arbeitnehmer ein Leben lang in derselben Firma arbeitet. Vollbeschäftigung bedeutet, dass jeder Mensch immer wieder neue Chancen auf gute Arbeit und die dafür nötige Qualifikation erhält. Es bedeutet, dass wir niemanden abschreiben, sondern immer wieder neue Chancen und Perspektiven aufzeigen. Voraussetzung dafür ist ein starker Sozialstaat, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Rücken stärkt.

Der Sozialstaat ist die größte zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts und wurde maßgeblich von der Sozialdemokratie erkämpft. Ein gerechter Sozialstaat muss die Entfaltung und Verantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft in den Blick nehmen und gleichzeitig ein Leben in Würde ermöglichen. **Er ist die organisierte Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen, den Jungen und den Alten, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den Arbeitslosen, den Menschen mit und ohne Behinderung.** Als Mittler stellt der Sozialstaat die Wahrung von Gerechtigkeit sicher. Dabei schafft er gesellschaftliche Teilhabe und Integration aller Menschen. Gleichzeitig ermöglicht er ein Leben, das frei von existenziellen Ängsten ist. An diesen zentralen Aufgaben muss sich der moderne Sozialstaat immer wieder messen lassen. Eine aktuelle Bestandsaufnahme zeigt, dass unser sozialstaatliches System dem nicht mehr im vollen Umfang gerecht wird. Dieser Tatsache muss sich die Sozialdemokratie stellen.

1 Arbeit und soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland

2

3 Unser System der sozialen Sicherung ist zunehmenden Belastungen ausgesetzt. Der
4 demografische Wandel stellt eine enorme Herausforderung dar. Gleichzeitig gilt es die
5 Arbeitswelt der Zukunft zu gestalten. Die rot-grüne Reformpolitik des letzten Jahrzehnts hat
6 die Finanzierbarkeit des Systems vorübergehend sichergestellt, bedeutet aber nach wie vor
7 eine große Belastung für die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie. Zudem hat die Reform
8 zentrale Problemstellungen ausgeklammert.

9

10 Unser System der Sozialversicherung hat eine wenig bekannte negative
11 Umverteilungswirkung, die soziale Ungleichheit verschärft. Durch die
12 Beitragsbemessungsgrenze und die Befreiung von der Versicherungspflicht führt das
13 Sicherungssystem zu einer überproportionalen Belastung mittlerer Einkommen. Auch in
14 anderer Hinsicht kann Gerechtigkeit nicht mehr vollumfänglich garantiert werden: Es gibt
15 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihr Leben lang einzahlen und deren
16 Rentenanspruch dennoch unter der Grundsicherung im Alter liegt. Grund hierfür ist
17 insbesondere die Beschneidung der gesetzlichen Rente zu Gunsten von privaten
18 Ergänzungen wie Riester und Rürup. Diese gehen am Bedarf vorbei. Denn: Diejenigen, die
19 darauf angewiesen wären, können sie nicht bezahlen und diejenigen, die sie zahlen könnten,
20 sind darauf nicht angewiesen. Um diese Missverhältnis zu beenden, muss die gesetzliche
21 Rentenversicherung gestärkt werden.

22

23 Die Sozialversicherungen leiden zunehmend darunter, dass die großen Gruppen der
24 Beamten und Selbstständigen nicht Teil des Systems sind. Diese Zersplitterung der sozialen
25 Sicherung belastet insbesondere die Bezieher mittlerer Einkommen. Neben der
26 demografischen Entwicklung hat die stagnierende Lohnentwicklung Anfang des letzten
27 Jahrzehnts zu großen Ausfällen und steigenden Beiträgen in der Sozialversicherung geführt.
28 Die positive Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre vermag es aktuell, diese Tendenz
29 zu kompensieren – dauerhafte Finanzierungssicherheit ist jedoch nicht garantiert.

30

31 Die seit Jahren sinkende Arbeitslosigkeit ist eine unmittelbare Folge sozialdemokratischer
32 Arbeitsmarktpolitik. Von einem Höchststand von 11 Prozent Ende 2005 erfolgte in den
33 letzten Jahren ein stabiler Abbau auf unter 5 Prozent Arbeitslosigkeit. Diese Halbierung ist
34 ein großer Erfolg. Heute arbeiten in Deutschland mehr Menschen als je zuvor. Allerdings ist
35 dieser Fortschritt nicht ohne Schattenseiten. Die prekäre Beschäftigung ist auf ein
36 Rekordhoch gestiegen. Der Anteil der sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten ist in den

1 letzten 20 Jahren von ca. 68 Prozent auf 52 Prozent gesunken.¹⁵ Die Tarifbindung hat
2 massiv abgenommen. Das bedeutet zusätzlich zur stagnierenden Lohnentwicklung weitere
3 Belastungen für die Sozialsysteme. Ein erster wichtiger Baustein zur Bekämpfung dieser
4 Situation war der Mindestlohn. Durch ihn konnten seit dem 1. Januar 2015 knapp 500.000
5 Menschen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wechseln.

6

7 Stärker als bisher muss der Blick darauf gerichtet werden, dass viele Gruppen der
8 Bevölkerung nach wie vor kaum von der stabilen Beschäftigungsentwicklung profitieren.
9 Dazu gehören insbesondere Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte,
10 Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte.

11

12 Über alle Gruppen hinweg sind Frauen besonders benachteiligt. Fast 40 Prozent von ihnen
13 arbeiten in Teilzeit. Die Zahl der Frauen mit Minijob steigt stetig. Etwa jede dritte arbeitet nur
14 für einen Niedriglohn. Bei gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit erhalten Frauen auch heute
15 deutlich weniger Gehalt als Männer. Der Mindestlohn, die Quote für Aufsichtsräte und das
16 Entgeltgleichheitsgesetz sind wichtige Reformen in diesem Bereich. Weitere müssen folgen.

17

18 Im Bereich der **aktiven Arbeitsmarktpolitik** zeigt sich auch abseits der Kürzungen, die
19 zurückgenommen werden müssen, erheblicher Verbesserungsbedarf. Nach wie vor gibt es
20 zu wenige passgenaue Angebote, die auf die Weiterqualifikation von Menschen ohne Arbeit
21 zielen. Der Anteil arbeitsloser Menschen in Maßnahmen ist auch aus diesem Grund stark
22 gesunken. Eine weitere Erklärung ist, dass sich Menschen in dem System zu häufig
23 verwaltet und zu wenig gefördert fühlen. Die Schere zwischen Höchst- und
24 Hochqualifizierten sowie Geringqualifizierten öffnet sich zunehmend. Der wachsende
25 Fachkräftemangel ist begleitet von einer fast gleichbleibenden Anzahl von
26 Langzeitarbeitslosen. Für die aktive Arbeitsmarktpolitik bedeutet die auf den ersten Blick
27 positive Beschäftigungsentwicklung also kein Nachlassen in den Bemühungen, sondern
28 weitere Anstrengung, um die aktuelle Verknappung auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen, um alle
29 Menschen in Arbeit zu bringen.

30

31 **Die gerechte Gesellschaft gestalten – Klare Regeln schaffen**

32

33 Wir wollen Veränderungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Der **ALG II**
34 **Regelbedarf** für erwachsene Partner, die zusammenleben, soll dem Regelbedarf für
35 alleinstehende Personen angeglichen werden. Damit wird verhindert, dass Paare zum
36 Schein getrennt leben und dadurch zusätzlichen Wohnraum belegen. Zudem ist die

¹⁵ Beschäftigungsstatistik (2014), Bundesagentur für Arbeit.

1 Sanktionspraxis zu reformieren. Sanktionen bei den Kosten der Unterkunft und Heizung sind
2 zu streichen. Selbiges gilt für Sanktionen gegen Bedarfsgemeinschaften in denen
3 Minderjährige leben. Es darf nicht sein, dass Menschen im Winter frieren müssen und Kinder
4 für das Verhalten ihrer Eltern bestraft werden. Langfristig ist eine generelle Abschaffung der
5 Sanktionspraxis umzusetzen, weil diese unserem Verständnis eines Sozialstaats, der
6 Sicherheit bietet statt Ängste zu schüren, widerspricht.

7

8 Um unser System sozialer Sicherung zukunftsfest zu machen, wollen wir perspektivisch eine
9 **erweiterte Bürgerversicherung** einführen, die alle Menschen in einem gemeinsamen
10 System sozialer Sicherung vereint. Dazu müssen Beamte und Selbstständige in die
11 gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Dieser Prozess wird Jahrzehnte
12 dauern, deshalb muss er heute begonnen werden. Zusätzlich zum Erwerbseinkommen soll
13 künftig das Kapitaleinkommen bei der Beitragsbemessung berücksichtigt werden. Auch das
14 ungerechte duale System der Krankenversicherung soll in ein starkes gemeinsames System
15 überführt werden. Für zusätzliche Einnahmen in allen Versicherungsbereichen wollen wir
16 eine deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Perspektivisch muss hier eine
17 verfassungskonforme Möglichkeit geprüft werden, diese gänzlich abzuschaffen.

18

19 Um **Altersarmut** zu verhindern sollen Menschen, die langjährig gearbeitet haben und
20 trotzdem weniger als 850 Euro verdienen, eine Solidar-Rente in dieser Höhe als zweite Stufe
21 der Grundsicherung erhalten. Die Kosten hierfür sollen aus Steuermitteln finanziert werden.
22 Den Übergang zwischen Erwerbsleben und Rente wollen wir flexibel und nach den
23 Wünschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten. An der vollzogenen
24 Anhebung des Rentenalters auf 67 halten wir fest, allerdings wird dieses ausgesetzt bis die
25 Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 65 in Beschäftigung ist.

26

27 Die Sozialbeiträge sind die Steuern auf geringe Einkommen. Um Wohlstand für alle Teile der
28 Bevölkerung zu ermöglichen, wollen wir eine **Senkung der Arbeitnehmerbeiträge**
29 umsetzen, die durch Steuern gegenfinanziert wird. Dies entlastet spürbar kleinere
30 Einkommen und schafft breite Massenkaukraft.

31

32 Durch den demografischen Wandel ist gute **Pflege** zu einer zentralen Aufgabe des
33 Sozialstaats geworden. Ein gutes Leben im Alter ist zentrales Merkmal einer gerechten
34 Gesellschaft. Durch die Einführung einer Pflegekammer in Schleswig-Holstein stärken wir die
35 Position der Pflegenden. Dieser wichtige Beruf muss durch eine bessere Entlohnung
36 attraktiver gemacht werden. Zudem sind flexible Einstiege nötig. Deshalb wollen wir die

1 einjährige Pflegeassistentenausbildung wieder einführen, die als erste Qualifizierungsstufe
2 dient.

3

4 Wir entwickeln eine gemeinsame Pflegeausbildung. Dabei stärken wir den in Schleswig-
5 Holstein neu eingeführten pflegewissenschaftlichen Studiengang. An der Einführung eines
6 neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes halten wir fest. Dieser muss neben körperlichen
7 Einschränkungen auch andere Faktoren wie einen Verlust an Selbstständigkeit durch
8 kognitive und kommunikative Einschränkungen umfassen. Um noch bessere Sicherheit und
9 Qualität in den Krankenhäusern zu gewährleisten, setzen wir uns für einen gesetzlichen
10 Personalbemessungsschlüssel ein, der unter Beteiligung von Pflegefachexperten erarbeitet
11 wird. Das große Engagement, das viele Menschen bei der Pflege von Familienangehörigen
12 aufwenden, wollen wir unterstützen. Dazu führen wir einen Rechtsanspruch auf ein flexibles
13 Zeitbudget für Pflegezeiten ein. Zudem werden wir Pflegezeiten höher bewerten und die
14 Angebote der Tagesbetreuung und ambulanten Begleitung ausbauen.

15

16 Um die Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, wollen wir die
17 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Diese greift nicht
18 erst im Fall der Arbeitslosigkeit, sondern sichert die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
19 präventiv durch Weiterbildung und Qualifizierung gegen Erwerbsrisiken in einer sich
20 wandelnden Arbeitswelt ab. Die Arbeitsversicherung umfasst ein Recht auf Weiterbildung
21 und Weiterbildungsberatung sowie ein Recht auf Freistellung für Qualifizierung, das mit
22 einem Rückkehrrecht auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz verbunden ist. **Statt**
23 **Arbeitslosigkeit zu finanzieren, brauchen wir ein System, das immer wieder neue**
24 **Chancen eröffnet und Phasen der Erwerbslosigkeit als Möglichkeit zur**
25 **Weiterqualifikation versteht.**

26

27 Die **sozialen Sicherungssysteme** müssen sich flexibler an die veränderten
28 Erwerbsbiographien anpassen und Lebensarbeitszeitverteilung ermöglichen. Insbesondere
29 in der Phase großer beruflicher Belastung zwischen 25 und 45 Jahren müssen häufig
30 zusätzlich Kinder und Eltern versorgt werden. Eine Arbeitsversicherung schafft Spielräume,
31 um flexibel zwischen Teil- und Vollzeit wechseln zu können, so dass sich die Arbeit dem
32 Leben anpasst und nicht umgekehrt. Arbeitszeitkonten können zudem konjunkturelle
33 Schwankungen ausgleichen und garantieren eine stabile Beschäftigung. Langfristig halten
34 wir am Ziel einer generellen **Absenkung der Arbeitszeit** fest.

35

36 Nichtsdestotrotz bleibt die **Schutzfunktion der Arbeitsversicherung** zentral. In Fällen von
37 Arbeitslosigkeit werden wir eine Verlängerung der Rahmenfrist umsetzen, damit mehr

1 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das ALG I offen steht und sie nicht sofort – trotz
2 gezahlter Beiträge – in die Grundsicherung abrutschen. Bereits nach einer sechsmonatigen
3 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung soll künftig ein dreimonatiger ALG-I-Anspruch
4 bestehen.

5
6 Um die Erwerbsbeteiligung von **Menschen mit Behinderung** zu erhöhen, werden wir eine
7 Anhebung der Schwerbehindertenabgabe umsetzen. Unser Ziel bleibt, dass sich der
8 gesellschaftliche Anteil der Schwerbehinderten auch in den Betrieben abbildet. Durch eine
9 Förderung von gesundheitsverträglichen Arbeitsplätzen und arbeitserleichternden
10 Hilfsmitteln ermöglichen wir Menschen mit Beeinträchtigung oder Assistenzbedarf, aber auch
11 älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den nachhaltigen und langfristigen Verbleib
12 im Erwerbsleben. Im Rahmen der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir
13 die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln. Dazu stärken wir
14 die persönliche Assistenz, um mehr Autonomie und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Den
15 Einkommens- und Vermögensvorbehalt bei Fachleistungen sowie die Kostenvorbehalte im
16 SGB XII schaffen wir ab. Pflegebedürftige Menschen mit Behinderung werden wir in der
17 Pflegeversicherung gleichstellen. Zudem wird die Wahlfreiheit zwischen einer Beschäftigung
18 auf dem ersten Arbeitsmarkt und einer Arbeit in einer anerkannten Werkstatt für Menschen
19 mit Behinderung ermöglicht. Eingeschlossen ist dabei eine unbürokratische
20 Rückkehrmöglichkeit.

21
22 Um die Erwerbschancen von **Menschen mit Migrationsgeschichte** und anderen bei der
23 Arbeitssuche diskriminierten Gruppen zu verbessern, wollen wir flächendeckende anonyme
24 Bewerbungen. Durch Aufklärungskampagnen kann zudem die interkulturelle Sensibilität und
25 Offenheit bei der BewerberInnenauswahl verbessert werden. Die öffentliche Verwaltung hat
26 bei der Beschäftigung von Menschen aus benachteiligten Gruppen eine Vorbildfunktion.

27
28 Wir schaffen ein spezielles Programm für **Langzeitarbeitslose**. Ihr Anteil ist in Deutschland
29 so hoch wie in keinem anderen europäischen Land. In die Betreuung und Begleitung in den
30 Jobcentern werden wir massiv investieren, um die positive Beschäftigungsentwicklung zu
31 nutzen und möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen. Für diejenigen, die trotzdem keine
32 Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, brauchen wir den sozialen Arbeitsmarkt mit
33 öffentlich geförderter Beschäftigung. Um keine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze zu
34 bedingen, geschieht die Einrichtung in enger Abstimmung mit Kammern und
35 Gewerkschaften. Die Annahme der Beschäftigung bleibt freiwillig. Die intensive Vermittlung
36 wird fortgesetzt. Die Lohnhöhe soll sozialversicherungspflichtig sein. Finanziert wird der

1 Arbeitsmarkt über den Bundeshaushalt. Den Mehrkosten stehen Einsparungen für
2 Transferleistungen und zusätzliche Einnahmen in den Sozialversicherungen gegenüber.

3

4 Wir wollen, dass das **Normalarbeitsverhältnis** wieder der Normalzustand wird. Das ist
5 einerseits eine Frage der Sicherheit der Beschäftigten, aber auch eine entscheidende
6 Grundlage für die Finanzierung und Leistungsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme.
7 Voraussetzung dafür ist die Stärkung der Tarifbindung. Die Zumutbarkeitsregelung für
8 Arbeitssuchende wird deshalb an die Zahlung von tariflichen und ortsüblichen Löhnen
9 gebunden. Des Weiteren wollen wir eine **Neuordnung von geringfügiger Beschäftigung**.
10 Eine mögliche Lösung, die wir im Dialog mit den Betroffenen entwickeln wollen, sehen wir im
11 DGB-Modell. Arbeitgeber sind demnach verpflichtet, den vollen Anteil an Sozialbeiträgen ab
12 dem ersten verdienten Euro zu zahlen. Der Arbeitnehmeranteil wächst an, bis er ab einer
13 festgelegten Einkommensgrenze den vollen Satz erreicht.

14

15 Wir wollen eine stärkere **Öffnung des Arbeitsmarktes** für Menschen aus dem Ausland.
16 Deshalb brauchen wir ein **Einwanderungsgesetz**. Zudem wollen wir einen erleichterten
17 Arbeitsmarktzugang für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Dazu gehören eine
18 bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und die Einführung von
19 unbürokratischen Nachprüfungen, um Abschlüsse bei Verlust von Dokumenten
20 nachzuweisen. Ferner wollen wir ein dauerhaftes Bleiberecht für erfolgreiche Absolventen
21 schulischer und beruflicher Ausbildung. Für nachgefragte Fachkräfte setzen wir einen
22 Abschiebestopp durch.

23

24

25 **4. BILDUNGSGERECHTIGKEIT**

26

27 **Aufstieg durch Bildung – der sozialdemokratische Weg**

28

29 Bildung im sozialdemokratischen Sinne ist ganzheitlich und lebensbegleitend. Sie ist die
30 Grundlage für eine gerechte Gesellschaft, in der Menschen durch Fleiß und Talent ihre
31 selbstgesteckten Ziele erreichen können. Bildung ist die elementare Grundlage für
32 Chancengerechtigkeit. **Deshalb muss das gesamte Bildungssystem kostenfrei und**
33 **durchlässig nach oben sein.** Die unterschiedlichen Wege zum Bildungserfolg sind für uns
34 gleichwertig. Die Stationen auf diesem Weg sind alle jeweils für sich genommen von
35 besonderer Bedeutung. Das gilt für Kita, Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbildung
36 gleichermaßen.

37

1 **Eine ganzheitliche Bildung bedeutet, dass es gleichermaßen um Kenntnisse wie um**
2 **Erkenntnisse geht, um soziale Kompetenz, Kreativität, ästhetische Erfahrung, ethische**
3 **Reflexion und Sensibilität für Werte.** Wenn dieser Anspruch verwirklicht werden soll, ist
4 eine gute finanzielle Ausstattung nötig. Bildung hat für uns deshalb fiskalische Priorität.
5 Ein weiterer Grundsatz unserer Bildungspolitik ist die Prävention. Ungleichheiten und
6 Nachteile wollen wir möglichst früh kompensieren, um allen Menschen die gleichen guten
7 Chancen zu ermöglichen. Wir wollen niemanden auf dem Bildungsweg zurückzulassen.
8 Deshalb wollen wir eine Kultur der zweiten und dritten Chancen sowie viele verschiedene
9 Wege, die zum Bildungserfolg führen.

10

11 **Inklusion ist für uns elementares Menschenrecht, das insbesondere im**
12 **Bildungsbereich verwirklicht werden muss. Wir wollen eine Schule, die offen für alle**
13 **Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit ist.** Offen für Kinder mit oder ohne Behinderung,
14 offen für Kinder aus der Vorstadt und aus Problemvierteln. Offen für Spezialtalente und
15 Hochbegabte. Diese Offenheit führt dazu, dass kulturelle, religiöse und soziale Trennungen
16 überwunden werden. Eine Gesellschaft der Gleichen und Freien nimmt ihren Ausgang in der
17 Schule. Deshalb muss von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen sowie die
18 Überwindung einschränkender Rollenmuster gefördert werden. Gute Bildung ist auf die
19 Menschen angewiesen, die sie vermitteln. Wir wollen deshalb größere Anerkennung für die
20 Tätigen in Kindertagesstätte, Schule oder Hochschule. Diese Anerkennung muss sich auch
21 in einer guten Bezahlung niederschlagen.

22

23 Die Geschichte der Sozialdemokratie ist aufs Engste mit dem Grundsatz „Aufstieg durch
24 Bildung“ verbunden. Generationen von Menschen haben hart gearbeitet, damit es ihre
25 Kinder einmal besser haben werden. Ein System, das dieses Versprechen nicht mehr
26 einlöst, sondern Bildungserfolg durch die Herkunft vorherbestimmt, ist zutiefst ungerecht. **Wir**
27 **brauchen deshalb eine Erneuerung des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens!**
28 Aufstieg meint dabei keinen „Akademisierungswahn“. Wir bauen Hürden auf dem Weg zu
29 hohen Schulabschlüssen ab, senken aber nicht die Anforderungen. Gerade die
30 Sozialdemokratie muss wieder stärker herausstellen, dass eine qualifizierte
31 Berufsausbildung einem Studium gegenüber gleichwertig ist. **Es gibt keine richtige oder**
32 **falsche Bildung. Entscheidend ist nur, dass Menschen ihre Ziele verwirklichen können**
33 **und soziale Mobilität ihre Anstrengung auf diesem Weg belohnt.**

34

35

36

37

1 Bildung und Teilhabe in der Bundesrepublik Deutschland

2
3 Das Bildungssystem ist ein entscheidender Gradmesser für Gerechtigkeit in einer modernen
4 Wissensgesellschaft. Ausgerechnet in diesem Bereich beobachten wir einen engen
5 Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft. Im OECD-Schnitt sind
6 Bildungschancen in Deutschland besonders ungerecht verteilt. Während von 100 Kindern
7 aus Akademikerhaushalten durchschnittlich 85 die gymnasiale Oberstufe erreichen und 81
8 studieren, erreichen von 100 Kindern aus bildungsfernen Haushalten 36 die gymnasiale
9 Oberstufe und nur 11 nehmen ein Studium auf.¹⁶ Auf diese Weise entscheidet die Herkunft
10 über den weiteren Lebensweg.

11
12 Parallel zu dieser anhaltenden Ungerechtigkeit beobachten wir eine tiefgreifende und
13 anhaltende Veränderung der Bildungslandschaft. Der Bildungsstand der Bevölkerung erhöht
14 sich stetig. Hinzu kommt ein starker Trend zu immer höheren Abschlüssen. Mehr als die
15 Hälfte aller Absolventinnen und Absolventen (57 Prozent) verlässt die Schule inzwischen mit
16 der Hochschulreife; dieser Abschluss wird zunehmend auch an beruflichen Schulen und
17 Schulen mit mehreren Bildungsgängen erworben.

18
19 Folgerichtig besuchen immer mehr junge Menschen eine Hochschule. Diese sind der
20 gestiegenen Nachfrage finanziell nicht in vollem Umfang gewachsen. Es fehlt an
21 Lehrpersonal, Wohnraum und genereller Infrastruktur. Nichtsdestotrotz steigt die Zahl der
22 Menschen mit Hochschulabschluss. Seit 2002 ist ungefähr eine Verdopplung zu beobachten.
23 Die Frauen liegen dabei deutlich vor den Männern. **Nach wie vor gibt es einen engen
24 Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und beruflichem Fortkommen. Bildung
25 schafft Wahlfreiheit und entscheidet elementar über Lebenschancen. Damit handelt es
26 sich um die wichtigste Verteilungsfrage unserer Zeit.**

27
28 Die Küstenkoalition in Schleswig-Holstein hat das erkannt und in einem breiten Dialog mit
29 Schülern, Eltern und Lehrern wichtige Reformvorhaben im Bildungsbereich durchgesetzt.

- 30
- 31 • Dazu gehört die Überführung von Regionalschulen in Gemeinschaftsschulen, so dass
32 es nun gemeinsam mit Gymnasien und beruflichen Schulen drei starke
33 weiterführende Schularten gibt.
 - 34
 - 35 • Mit der Abschaffung der verbindlichen Schulartempfehlung wird soziale Mobilität
36 gefördert.

¹⁶ OECD-Bildungsbericht 2014

- 1 • Die Finanzierung zusätzlicher Lehrerstellen, trotz Haushaltsnotlage, verbessert die
2 Unterrichtsversorgung.

- 3
4 • Die Reform der Lehrerausbildung wird die Qualität des Unterrichts anheben.

5
6 Auch auf dem Weg zu einer inklusiven Schule wurden wichtige Schritte unternommen. Mit
7 einer Inklusionsquote von über 60 Prozent ist Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen
8 Bundesländern Vorreiter. Dennoch bleibt es eine Herausforderung die Schulen ganz konkret
9 bei der Umsetzung zu unterstützen. All dies zeigt, dass gute Bildung Priorität für die
10 Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein hat. Dennoch bedarf es weiter Anstrengungen, um
11 die aufgeworfenen Probleme zu lösen.

12 13 Gute Bildung von Anfang an – Chancengleichheit verwirklichen

14
15 Bildungspolitik darf niemals nach Kassenlage gemacht werden, deshalb fordern wir eine
16 generelle **Abschaffung des Kooperationsverbotes** zwischen Bund und Ländern. Das
17 Verbot verhindert aktuell noch, dass der Bund Bildung in den Ländern systematisch fördern
18 darf und sorgt in Verbindung mit der Schuldenbremse für erhebliche Finanzierungsprobleme.

19
20 Im Bereich der **U3-Betreuung** ist in einem ersten Schritt die bedarfsdeckende Versorgung
21 zu erreichen. Konkret bedeutet dies nicht nur, jedem Kind einen eigenen Platz zu Verfügung
22 zu stellen, sondern auch die Betreuung in Rand- und Ferienzeiten zu verbessern. Der zweite
23 Schritt ist die **Kostenfreiheit der Betreuung**. Damit entlasten wir Familien wirkungsvoll und
24 schaffen eine bessere Grundlage für Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In einer dritten
25 Phase muss die **Qualitätsverbesserung** der Schwerpunkt sein. Das gilt für
26 Randzeitenbetreuung ebenso wie für verlässliche Ganztagsangebote. Zudem wird eine
27 konzeptuell durchdachte Betreuung mit gut qualifizierten und bezahlten Fachkräften
28 angestrebt. **Unsere Zielvorstellung ist, dass jedes Kind mindestens ein Jahr die U3**
29 **Betreuung in Anspruch nimmt, da auf diesem Weg Defizite im sozialen und**
30 **sprachlichen Bereich frühzeitig ausgeglichen werden können.**

31
32 Die Kindertagesstätten wollen wir zu **Familienzentren** weiterentwickeln. Künftig ermöglichen
33 sie umfassende Beratung und Information für Eltern. Auch für **Kindertagesstätten** streben
34 wir mittelfristig die komplette **Beitragsfreiheit** an. Ferner werden wir sie bei der
35 Ausdifferenzierung eines eigenen Bildungsauftrages unterstützen. Kindertagesstätten
36 bereiten nicht nur auf die Grundschule vor, sondern sollen eigene pädagogische
37 Schwerpunkte setzen. Des Weiteren brauchen wir eine intensive **Sprachförderung** für

1 Kinder mit Defiziten, damit diese Defizite nicht zu einem anhaltenden Bildungsnachteil
2 werden. Auch hier bleibt das Ziel eine **flächendeckende Versorgung** mit **verlässlichen**
3 **Ganztagsangeboten**. Mittelfristig wollen wir im Dialog mit den Eltern diskutieren, wie das
4 letzte Jahr vor der Einschulung gestaltet werden kann, um den Übergang zu verbessern. Die
5 Einführung eines verpflichtenden Kita-Jahres ist ebenso denkbar wie die Einrichtung einer
6 Vorschule.

7

8 Bei den **Grundschulen** werden wir die flächendeckende und wohnortnahe Versorgung
9 sicherstellen, ohne die Qualität zu gefährden. Auch im Bereich der Grundschulen wollen wir
10 verlässliche und durchdachte **Ganztagsangebote**, die mit einer guten Ferienbetreuung
11 verzahnt sind. Dies ist insbesondere entscheidend, um die Erwerbschancen von
12 Alleinerziehenden zu verbessern. Wir wollen die Problematik der versteckten Kosten in der
13 Schule lösen. Sie sind Bildungsbarrieren, die Stigmatisierung bedingen. Künftig werden
14 deshalb die Kosten für Klassenfahrten, Mensa-Essen und Kopien durch die öffentliche Hand
15 getragen. Mittelfristig soll auch das Frühstück als institutionalisierte Mahlzeit in den
16 Grundschulen eingeführt werden. Eine **flexible Eingangsphase** ermöglicht allen Kindern
17 einen guten Start in die Schule. Durch jahrgangsübergreifendes Lernen können die
18 Lehrkräfte allen Kindern besser gerecht werden. Um die Zahl männlicher
19 Grundschullehrkräfte zu erhöhen, werden wir eine Werbekampagne analog zu den
20 Anstrengungen in Hamburg umsetzen.

21

22 Im Bereich der **weiterführenden Schulen** wollen wir die Kooperation der Oberstufen von
23 Gymnasien und Gemeinschaftsschulen verbessern. Künftig müssen alle Schulen alle
24 Abschlüsse anbieten. Auch an den weiterführenden Schulen ist unser Ziel, dass alle mit der
25 Schule verbundenen Kosten öffentlich getragen werden. Wichtig ist zudem ein echtes und
26 durchdachtes **Ganztagsprogramm** an allen Schulen. Für Eltern werden wir verstärkte
27 **Coachingangebote** schaffen, damit sie ihre Kinder auf dem Bildungsweg optimal
28 unterstützen können. An den Gemeinschaftsschulen wollen wir flexible Klassen, die auf
29 unterschiedlichen Wegen zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führen. Die durch die
30 sinkenden Schülerzahlen frei werdenden Lehrerstellen wollen wir zur Hälfte erhalten und so
31 eine schrittweise **Verbesserung der Unterrichtsversorgung** erreichen. Die Stärkung der
32 politischen Bildung in den Schulen eröffnet neue Chancen für Partizipation und wirkt einer
33 zunehmenden Entfremdung von Politik und Gesellschaft entgegen: Wirtschaft/Politik soll
34 deshalb künftig ab der 5. Klasse unterrichtet werden.

35

36 Nach der Einführung des Mindestlohns muss eine **Mindestausbildungsvergütung** folgen.
37 Das steigert die Attraktivität der beruflichen Ausbildung und verhindert, dass Auszubildende

1 als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Wir wollen eine Stärkung der beruflichen
2 Bildung und keinen Menschen mehr zurücklassen. Deshalb werden wir den
3 **Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung** einführen. Das unüberschaubare
4 Angebot an Übergangssystemen hat sich als ineffektiv erwiesen. Zu selten gelingt daraus
5 der Übergang in eine qualifizierte Berufsausbildung. Wer deutlich zeigt, dass er bereit ist für
6 eine Ausbildung, erhält künftig auch einen Platz. Es gilt der Grundsatz: **Kein Abschluss**
7 **ohne Anschluss!** Zentrale Voraussetzungen dafür sind der systematische Ausbau der
8 persönlichen Begleitung und frühen Beratung in der Schule, die betriebliche
9 Einstiegsqualifizierung als wichtige und gezielt einzusetzende Fördermaßnahme sowie die
10 Weiterentwicklung und Stärkung des regionalen und kommunalen Bildungsmanagements als
11 Dreh- und Angelpunkt für den Übergang von Schule und Beruf. Wo ein knappes
12 Ausbildungsplatzangebot vorliegt, werden wir gemeinsam mit den Tarifpartnern eine
13 branchenweite **Ausbildungsplatzumlage** für eine solidarische Finanzierung schaffen. Junge
14 Menschen, die auch unter diesen Bedingungen keinen Platz finden, erhalten bei einem
15 Träger oder einer berufsbildenden Schule einen **öffentlich geförderten Ausbildungsplatz**
16 mit engen Bezügen zur betrieblichen Praxis, der mit einer Garantie auf ein zweites und
17 drittes vollqualifiziertes Berufsausbildungsjahr verbunden ist. Damit die Übergänge besser
18 gelingen, wollen wir eine **Jugendberufsagentur** nach dem Hamburger Vorbild einrichten.
19 Als weitere Maßnahme in diesem Bereich wollen wir die fachlichen und personellen
20 Ressourcen der verschiedenen Ministerien in einem neuen **Institut für berufliche Bildung**
21 bündeln. Dieses soll die Fach- und Dienstaufsicht für die beruflichen Schulen auf sich
22 vereinen und auch die Zuständigkeit für die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte an den
23 beruflichen Schulen zusammenführen. Des Weiteren werden die beruflichen Schulen bei der
24 Lehrerversorgung mit den allgemeinbildenden Schulen gleichgestellt. Wir wollen zudem ein
25 gestärktes und elternunabhängiges **Meister-BAföG**.

26
27 Im Bereich der **Hochschulen** ist eine Verbesserung der Grundfinanzierung nötig, um den
28 gewachsenen Studierendenzahlen gerecht zu werden. Das BAföG wollen wir weiter
29 ausbauen. Die Erhöhung auf Druck der SPD war ein erster richtiger Schritt. Weitere müssen
30 folgen. Langfristig streben wir ein **elternunabhängiges BAföG** an, welches alle Härtefälle
31 einschließt und den bürokratischen Aufwand minimiert. Ein weiteres wichtiges Thema ist
32 bezahlbarer studentischer **Wohnraum**. Aktuell hat Schleswig-Holstein die geringste
33 Wohnheimquote bundesweit. Hier bedarf es der Schaffung neuer Plätze. Des Weiteren
34 streben wir eine **Öffnung der Hochschulen** an. Das gilt in Bezug auf den Hochschulzugang
35 für Absolventen einer qualifizierten Berufsausbildung ebenso wie für Studierende mit
36 Behinderung sowie ältere Menschen. Nachdem **Inklusion** fest in der universitären
37 Ausbildung der Lehrkräfte verankert wurde, werden wir dort auch die **interkulturelle**

1 **Kompetenz** berücksichtigen. Für die nicht unerhebliche Zahl von Studienabbrechern wollen
2 wir eine spezielle Anlaufstelle schaffen, um sie bei den weiteren Schritten auf ihrem
3 Lebensweg zu beraten.

4
5 Wir wollen die **Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf** an
6 Regelschulen weiter vorantreiben. Das geht nicht zum Nulltarif. Deshalb müssen die Schulen
7 die nötige finanzielle Unterstützung erhalten, um diese Herausforderung zu bewältigen.
8 Langfristig sollen alle Schulen mit **multiprofessionellen Teams** und einer
9 sonderpädagogischen Grundversorgung ausgestattet werden. Jedes Kind soll in seiner
10 Eigenheit wahrgenommen werden und die ihm angemessene Unterstützung – unabhängig
11 vom Vorliegen eines sonderpädagogischen Förderbedarfs – erhalten.

12
13

14 **5. STARKE FAMILIE, STARKE KINDER, STARKE GESELLSCHAFT**

15

16 **Alle Gemeinsam – unser Gesellschaftsmodell**

17

18 Als Sozialdemokratie orientieren wir unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit.
19 **Deshalb akzeptieren, schützen und unterstützen wir jede Art von Familie. Für uns ist**
20 **Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.**
21 Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie
22 Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen,
23 die für ihre pflegebedürftigen Angehörigen sorgen. **Wir wollen den Menschen kein**
24 **Lebensmodell vorschreiben, sondern sie bestmöglich bei ihrer selbstgewählten**
25 **Lebensführung unterstützen.**

26

27 Dafür brauchen wir vor allem eine **familienfreundliche Arbeitswelt, gute**
28 **Ganztagsbildungs- und -betreuungsangebote sowie eine starke materielle**
29 **Absicherung von Kindern.** Unsere Familienpolitik orientiert sich am Dreiklang von
30 Infrastruktur, Zeit und Geld. Wir stehen dabei fest an der Seite der Eltern. Allerdings findet
31 Elternrecht seine Grenzen, wo Kindesrecht verletzt wird. Kinder haben eigene, besondere
32 Rechte, nicht zuletzt das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Als schwächste Mitglieder der
33 Gesellschaft bedürfen sie der besonderen Unterstützung des Staates. Für uns ist klar:
34 **Herkunft darf niemals zum sozialen Schicksal werden,** deshalb sorgen wir dafür, dass
35 Kinder – unabhängig von ihrer Familie – unter gleichen Bedingungen aufwachsen können.
36 Unser Ziel „**Kein Kind zurücklassen!**“ werden wir nicht allein durch gerechtere
37 Bildungspolitik, den Mindestlohn und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen

1 können. Auch die materiellen Voraussetzungen für gleiche Chancen und Gerechtigkeit
2 müssen gegeben sein. Soziale Sicherheit, Teilhabe und sozialer Aufstieg müssen für Kinder
3 wieder erlebbar werden. Die Sozialdemokratie ist gefordert, soziale Gerechtigkeit im
4 Alltagsleben von Familien, die von Armut bedroht sind, wieder spürbarer zu machen.

5

6 **Alleinerziehende Mütter und Väter gehören zu den absoluten Leistungsträgern in der**
7 **Gesellschaft. Sie verdienen unsere besondere Unterstützung.** Auch die Wirtschaft trägt
8 Verantwortung für Familien. Prekäre Erwerbsverhältnisse erschweren die Entscheidung für
9 Kinder. Wo der allzeit verfügbare Arbeitnehmer zum Ideal wird, leiden die Familien. Wir
10 wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt, damit Eltern Beruf und Familie vereinbaren und
11 mehr Zeit für Kinder haben können.

12

13 Da wir glücklicherweise immer älter werden, schließt sich an das Arbeitsleben eine dritte,
14 ausgedehnte Lebensphase an. **Jeder Mensch soll auch im Alter aktiv und kreativ am**
15 **gesellschaftlichen Leben und in der Arbeitswelt teilnehmen können.** Das Engagement
16 und die Erfahrung der Älteren bereichern unser Land wirtschaftlich, politisch und kulturell.

17

18 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen wir seit über 150 Jahren dafür,
19 dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier,
20 sondern im täglichen Leben. Frauen und Männer sollen gleich, frei und solidarisch
21 miteinander leben können. Zu einer modernen und liberalen Gesellschaft gehört für uns
22 zudem die **Akzeptanz sexueller Vielfalt und gesetzliche Gleichstellung aller Menschen**
23 **und Lebensformen.**

24

25 Kinder und Familien in der Bundesrepublik Deutschland

26

27 Eine gerechte Politik muss dafür Sorge tragen, dass Familien und insbesondere Kinder die
28 notwendige Unterstützung erhalten. Dabei muss sie sich verändernden Bedingungen
29 anpassen, um passgenaue Angebote zu machen. **Keine andere Familienform hat in den**
30 **letzten Jahren so an Bedeutung gewonnen wie Ein-Eltern-Familien.** Bekommen sie die
31 richtige Unterstützung, sind sie besonders leistungsfähig: 40 Prozent aller alleinerziehenden
32 Mütter arbeiten Vollzeit – deutlich mehr als Mütter in Paarfamilien. Ganztagsangebote der
33 frühkindlichen Bildung und Betreuung sind für sie besonders wichtig. Gibt es diese nicht,
34 können sie nur Teilzeit oder womöglich gar nicht arbeiten, obwohl sie es sich anders
35 wünschen. In der Konsequenz sind Alleinerziehende wesentlich öfter auf Grundsicherung
36 angewiesen als Familien mit zwei Elternteilen. Das ist für die Kinder besonders dramatisch,
37 weil ihre Chancen auf optimale Bildungsteilhabe sinken und ihr Armutsrisiko steigt.

1 Kinder sind die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Sie bedürfen unseres besonderen
2 Schutzes. Trotz dieses gesellschaftlichen Konsens, sterben im Schnitt drei Kinder pro
3 Woche durch Vernachlässigung und häusliche Gewalt. **Mit dem neuen**
4 **Kinderschutzgesetz ist ein wichtiger Schritt gelungen.** Es bringt Prävention und
5 Intervention im Kinderschutz voran und stärkt alle Akteure, die sich für das Wohlergehen von
6 Kindern engagieren – angefangen bei den Eltern, über den Kinderarzt oder die Hebamme
7 bis hin zum Jugendamt oder Familiengericht. Das Gesetz schließt Lücken im Kinderschutz,
8 indem es Erkenntnisse aus dem Aktionsprogramm "Frühe Hilfen" und seinen vielfältigen
9 Projekten aufgreift und damit die Nachhaltigkeit der in diesem Kontext von Bund, Ländern
10 und Kommunen unternommenen Anstrengungen im Kinderschutz sichert. Jetzt heißt es nicht
11 nachzulassen, sondern an dieser Stelle weitere Verbesserungen zu erreichen.

12
13 Immer noch wachsen in Deutschland knapp 20 Prozent der **Kinder in Armut** auf. Für die
14 Allermeisten von ihnen bedeutet dies weniger Teilhabe, kaum Urlaub, schlechteres Essen,
15 nicht ausreichend Platz zur Entfaltung, kein Kino-, Konzert- oder Theaterbesuch. Armut von
16 Kindern ist immer Familienarmut. Die Zahl der 1,6 Millionen Kinder, die von Grundsicherung
17 abhängig sind, ist erschreckend.¹⁷ Ein fatales Gefühl der Chancenlosigkeit wird zunehmend
18 lebensprägend – dies wird mittlerweile in weiten Teilen der Bevölkerung gleichgültig oder als
19 unveränderlich hingenommen. Armut verhindert Bildungs- und Lebenschancen. **Das**
20 **Ausmaß der Kinderarmut im reichen Deutschland ist skandalös und muss**
21 **unmittelbares politisches Handeln nach sich ziehen.**

22
23 Der beste Schutz vor Familienarmut ist die **Erwerbstätigkeit beider Elternteile**. Das belegt
24 der Abschlussbericht zur Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen. Mit
25 dem von der Sozialdemokratie geförderten Ausbau der Kinderbetreuung seit dem Jahr 2005
26 haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass beide Elternteile einer Erwerbsarbeit
27 nachgehen und zum Familieneinkommen beitragen können. Laut Studie verringert sich
28 dadurch das Armutsrisiko von Familien mit Kindern unter 12 Jahren um rund 7
29 Prozentpunkte. Gute Kitas ermöglichen einerseits individuelle Förderung von Kindern,
30 andererseits verbessern sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern. Durch
31 mehr und bessere Ganztagsangebote wollen wir längeres gemeinsames Lernen und damit
32 mehr Chancengleichheit für alle Kinder erreichen. Auch das **Elterngeld** minimiert
33 Familienarmut. Laut Gesamtevaluation reduziert sich mit der familienpolitischen Leistung das
34 Armutsrisiko von jungen Eltern im ersten Lebensjahr ihres Kindes um 10 Prozentpunkte und
35 verhindert, dass 95.000 Familien in den SGB-II-Bezug kommen.

36

¹⁷ Statistik Bundesagentur für Arbeit.

1 Neben den Familien und Kindern muss eine gerechte Gesellschaftspolitik das
2 **Geschlechterverhältnis in den Blick nehmen**. Auf dem Weg zur Gleichstellung von
3 Frauen und Männern sind wir weit vorangekommen. Doch die alte Rollenverteilung ist noch
4 immer nicht überwunden. Rechtliche Gleichheit bedeutet noch keine Gleichstellung. Gerade
5 in Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Benachteiligungen fort. Nach wie vor ist die
6 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz überwiegend ein Problem der Mütter. Weiterhin
7 verdienen Frauen weniger als Männer, verlieren leichter ihre Arbeitsplätze und sind häufiger
8 von Armut bedroht. 66 Jahre nachdem die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im
9 Grundgesetz festgeschrieben wurde, werden Frauen weiterhin benachteiligt.

10

11 Während aktuell die meisten Männer einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, sind mehr als
12 die Hälfte der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt. Bei steigender Frauenerwerbsquote
13 gehen das Arbeitszeitvolumen und damit die Vollzeitbeschäftigung zurück. Frauen verdienen
14 im Durchschnitt 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Beruflicher Aufstieg gilt
15 immer noch als Männersache. Während für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oftmals
16 Frauen zuständig sind. Der Missbrauch von geringfügiger Beschäftigung erschwert die
17 Gleichstellung von Frauen und Männern. Denn zwei Drittel aller Minijobs werden von Frauen
18 gemacht. Diese Struktur der Frauenerwerbstätigkeit ist in vielen Fällen nicht
19 existenzsichernd und sie führt oftmals geradewegs in die Altersarmut. Frauen werden trotz
20 bester Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und schaffen es nur selten an die
21 Spitze von Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und der Wissenschaft.

22

23 Auf Drängen der Sozialdemokratie konnten unlängst erhebliche Fortschritte in diesem Feld
24 erreicht werden. Insbesondere sind hier der Mindestlohn, von dem besonders viele Frauen
25 profitieren, und die Frauenquote für Aufsichtsräte zu nennen. Aber auch das ElterngeldPlus,
26 das wir im letzten Jahr beschlossen haben, hilft bei einer partnerschaftlichen Aufteilung der
27 Kindererziehungszeit. Eltern können damit doppelt so lange wie bisher gleichzeitig Elterngeld
28 beziehen und erwerbstätig sein. Eine partnerschaftliche Aufteilung wird belohnt: vier
29 zusätzliche Partnerschaftsbonusmonate erhalten Eltern, die ihre Arbeitszeit vier Monate lang
30 gemeinsam auf 25 bis 30 Stunden wöchentlich reduzieren.

31

32 Der gerade vorgelegte Abschlussbericht zur Gesamtevaluation der ehe- und
33 familienbezogenen Leistungen zeigt aber, dass wir noch eine weite Strecke vor uns haben.
34 Die bisherigen Instrumente zur Familienförderung haben in großen Teilen versagt – sie
35 fördern Familien unzureichend oder bewirken gar das Gegenteil. Die monetäre Förderung
36 von Familien muss gerechter werden. Insbesondere Familien mit geringem Einkommen
37 brauchen mehr Unterstützung. Diese Erkenntnisse gilt es politisch umzusetzen.

1 **Niemanden zurücklassen – Niemals!**

2

3 Kinder sind besonders. Einerseits sind sie eigenständige rechtsfähige Menschen,
4 andererseits sind sie auf Unterstützung durch andere angewiesen. Deshalb ist ein wichtiger
5 Schritt – und zwar nicht nur ein symbolischer – die Verankerung der **Kinderrechte im**
6 **Grundgesetz**. Dies ist leider unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Bund nicht
7 möglich. Es bleibt aber eine wichtige Forderung. Bisher fehlt die Klarstellung, dass bei allen
8 Entscheidungen, die Kinder betreffen, das **Kindeswohl** vorrangig zu beachten ist. Mit der
9 Grundgesetzänderung könnten wir das Bewusstsein dafür schärfen, dass Kinder und
10 Jugendliche mit ihren Rechten und ihren Interessen ernst zu nehmen und anzuerkennen
11 sind. Wir wollen jede politische Maßnahme, jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie
12 vereinbar sind mit den international anerkannten Kinderrechten.

13 Bei der Unterstützung von Kindern setzen wir auf **Prävention**. Negative Entwicklungen
14 wollen wir möglichst früh korrigieren. Deshalb wollen wir ein Präventionsgesetz
15 verabschieden, das einen besonderen Fokus auf die Gesundheit junger Menschen legt. Alle
16 Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf bestmögliche Förderung ihrer Gesundheit. Wir
17 brauchen zielgruppenorientierte Angebote im direkten Umfeld von Jugendlichen. Dazu zählt
18 eine stärkere Verankerung von Gesundheitsförderung und Prävention in Schulen sowie eine
19 Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Außerdem wollen wir die Inklusion für
20 möglichst viele junge Menschen verwirklichen.

21

22 Obwohl **Alleinerziehende** aller Altersgruppen oft gut ausgebildet und motiviert sind, haben
23 sie es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Alleinerziehende brauchen nicht nur
24 Kinderbetreuung, sie sind zudem auf flexible Betreuungsstrukturen angewiesen, damit auch
25 Randzeiten abgedeckt werden. Unser Ziel ist, dass Alleinerziehende ihr Leben so weit wie
26 möglich nach eigenen Wünschen gestalten und selbst für ihre Existenzsicherung sorgen
27 können. Vordringlich ist dafür die **Sicherstellung der Kinderbetreuung**. Zudem wollen wir
28 eine besondere Unterstützung von jungen Alleinerziehenden ohne Berufsausbildung
29 einführen. Dazu gehört der **Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses**
30 und die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung. Dies gilt ebenso für Weiterbildung, die wir in
31 Teilzeit ermöglichen wollen. Flankiert wird dies von einer sozial gerechten finanziellen
32 Förderung von Alleinerziehenden. Neben der beschlossenen Erhöhung des
33 Entlastungsbetrages für Alleinerziehende, sollen die Alleinerziehenden auch in der
34 Grundsicherung besser gestellt werden.

35

36 Übergeordnetes Ziel bleibt es, die Chancen von alleinerziehenden **Eltern auf dem**
37 **Arbeitsmarkt** zu verbessern und ihre Kinder durch gute Betreuung und Bildung fit für ihr

1 künftiges Leben zu machen. Auch beim ElterngeldPlus, das im vergangenen Jahr
2 verabschiedet wurde, hatten wir die Alleinerziehenden im Blick: Sie können ebenfalls die
3 Partnermonate und die Partnerschaftsbonusmonate in Anspruch nehmen, wenn sie die
4 gemeinsame Sorge vereinbart haben.

5

6 Heute wollen viele Frauen und Männer beides: Familie und einen guten Job, mit dem sie auf
7 eigenen Beinen stehen können. Damit Männer und Frauen frei und selbstbestimmt über ihre
8 Zeit entscheiden können, braucht es Reformen sowohl in der Familien- als auch in der
9 Arbeitsmarktpolitik. Notwendig sind dafür eine bessere Unterstützung bei der
10 Kinderbetreuung, mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit, gleiche Löhne bei gleicher und
11 gleichwertiger Arbeit durch ein Entgeltgleichheitsgesetz und die Möglichkeiten zur
12 partnerschaftlichen Aufteilung der Erwerbs- und der Familienarbeit.

13

14 Die **partnerschaftliche Erziehung hängt eng mit der Gleichstellung der Geschlechter**
15 zusammen. Mit dem Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in
16 Führungspositionen haben wir ein Etappenziel erreicht. Künftig müssen die Aufsichtsräte von
17 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen mit mindestens 30 Prozent Frauen besetzt
18 sein. Der erste Schritt zur faktischen Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe von Frauen
19 und Männern in der Privatwirtschaft ist damit getan. Unser Ziel bleibt jedoch die Parität und
20 deshalb wollen wir **Geschlechterquoten** langsam erhöhen bis dieses Ziel erreicht ist. Das
21 nächste wichtige gleichstellungspolitische Projekt, das sich Bundesfamilienministerin
22 Schwesig vorgenommen hat, ist ein Gesetz zur **Entgeltgleichheit**. Dieses soll Transparenz
23 herstellen und Lohnungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern aufdecken.

24

25 Das aktuelle Steuersystem orientiert sich an der „klassischen Ehe“ mit dem männlichen
26 Alleinverdiener. Es bevorzugt gut verdienende verheiratete Paare, bei denen die
27 Erwerbsarbeit ungleich verteilt ist und zementiert somit verkrustete Strukturen. Die Folge:
28 Eine Erwerbstätigkeit rechnet sich für eine/n Ehepartner/in – meist die Frau – nicht. Dabei
29 wollen die meisten Frauen einer eigenen Arbeit nachgehen. Umkehrt möchten immer mehr
30 Männer nicht mehr die alleinigen Familiernährer sein. Andere Länder wie Großbritannien,
31 Schweden oder die Niederlande haben die gemeinsame Besteuerung von Eheleuten längst
32 reformiert. Das wollen wir auch: Wir wollen das **Ehegattensplitting für neu geschlossene**
33 **Ehen abschaffen** und eine Individualbesteuerung bei Berücksichtigung der steuerlichen
34 Unterhaltsverpflichtungen einführen. Aufgrund einer Stichtagsregelung ändert sich für
35 Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben,
36 nichts.

37

1 Die **Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften** mit der Ehe ist eine
2 Frage der Gerechtigkeit. Des Weiteren muss eine Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt
3 durch Bildungsprogramme von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung erfolgen.

4
5 Wir wollen die **gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen** verbessern und ihre
6 Potenziale besser nutzen. Dazu werden wir sie dabei fördern, aktiv zu bleiben und
7 Mitverantwortung zu übernehmen. Wir wollen für ältere Menschen bessere Zugänge zu
8 freiwilligem Engagement. Mit Hilfe niedrigschwelliger Beratungs- und
9 Dienstleistungsangebote vor Ort helfen wir den letzten Lebensabschnitt selbstbestimmt zu
10 gestalten. Wir fordern **gute Betreuung und Pflege bis zum Schluss**. Dazu gehört auch der
11 Anspruch auf palliative und hospizliche Versorgung.

12
13 In stärkerem Maße als bisher müssen die Interessen und Potenziale der Älteren in Bezug auf
14 Wohnen, Wohnumfeld, Dienstleistungen etc. berücksichtigt werden. Dazu wollen wir
15 **Seniorenbeiräte und andere institutionalisierte Formen der Beteiligung fördern**. Viele
16 ältere Menschen sind in der Lebensphase nach ihrem Arbeitsleben bereit und in der Lage,
17 sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Ihre Erfahrungen und Qualifikationen können im
18 bürgerschaftlichen Engagement nutzbar gemacht und weitergegeben werden. Dies kann
19 durch die Mitwirkung der vielen aktiven Senioren im Bildungssystem, z.B. bei der
20 Ganztagsbetreuung, als „Lese- oder Bildungspaten“, in der Stadtteilkulturarbeit, in
21 Nachbarschaftsprojekten, in Vereinen und Initiativen oder in Integrationsprojekten
22 geschehen. Die Kommunen sollten hierbei anregend und vermittelnd tätig werden.

23
24 Die Herausforderung, **Familie und Engagement mit Erwerbsarbeit zu vereinbaren**, ist
25 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich Wirtschaft und Politik gemeinsam stellen
26 müssen. Deshalb wollen wir eine rechtsverbindliche Regelung, die sicherstellt, dass **flexibler**
27 **zwischen Teil- und Vollzeit** gewechselt werden kann. Durch die Einführung einer
28 Familienarbeitszeit schaffen wir Existenzsicherung bei reduziertem Arbeitsumfang. So
29 können Zeiten der Erwerbstätigkeit und Zeiten für die Sorge in der Familie zuverlässig und
30 flexibel geplant werden.

31
32 **Kinderarmut** im reichen Deutschland ist eine Schande. Um sie wirksam zu bekämpfen,
33 setzen wir uns für eine eigenständige **Kindergrundsicherung** ein. Der erste Schritt ist die
34 Zusammenlegung von Kindergeld und Kinderzuschlag: Kindern aus benachteiligten
35 Elternhäusern mit weniger als 3.000 Euro Einkommen im Monat stehen dann – abhängig
36 vom Einkommen der Eltern – bis zu 324 Euro im Monat zu. Im Vergleich zum komplizierten
37 Kinderzuschlag werden wir mit dem neuen Kindergeld den Kreis der Anspruchsberechtigten
38 erweitern.

1 Geld alleine kann die vorherrschenden Probleme allerdings nicht lösen. Zum guten
2 Aufwachsen brauchen junge Menschen vor allem **verlässliche Strukturen** und die
3 notwendige staatliche Unterstützung. Dazu gehören Angebote zur Bildung und zur
4 Freizeitgestaltung, die Sicherstellung von Mobilität, Zugang zum Internet und vieles mehr. Es
5 ist Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund, im Rahmen der öffentlichen
6 Daseinsvorsorge solche Angebote flächendeckend, bedarfsgerecht und in guter Qualität zur
7 Verfügung zu stellen. Den Kommunen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Sie
8 brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, um Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen
9 aufrechterhalten und neu schaffen zu können. Um sie auf diesem Weg zu unterstützen,
10 wollen wir das **Betreuungsgeld abschaffen** und das dadurch gesparte Geld in den Ausbau
11 von Kita und Tagespflege investieren. Verbunden damit werden wir einen Rechtsanspruch
12 auf Ganztagsbetreuung einführen, um Kinder und Familien bestmöglich zu unterstützen.

13

14

15 **6. GERECHTIGKEIT IM GLOBALEN MASSSTAB – GERECHTIGKEIT** 16 **ÜBER DEN TAG HINAUS**

17

18 **Die friedliche und gerechte Weltordnung schaffen**

19

20 Die SPD ist die Partei der internationalen Solidarität. Seit ihren Anfängen hatte die Politik der
21 Sozialdemokratie immer eine internationale Perspektive. Unser Handeln wird dabei durch die
22 Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geprägt. Weitere Grundsätze sind
23 Verständigung, Entwicklungszusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit durch
24 Kooperation. In diesem Sinne ist sozialdemokratische Außenpolitik stets auch
25 Friedenspolitik. **Wir sind der Überzeugung, dass das Recht des Stärkeren durch die**
26 **Stärke des Rechts ersetzt werden muss, um Frieden zu schaffen und soziale**
27 **Gerechtigkeit weltweit zu verwirklichen. Krieg löst keine Probleme.**

28

29 Wir orientieren uns an den unteilbaren und universellen Menschenrechten sowie am
30 Völkerrecht. Gemeinsam verwirklichen sie unseren Grundsatz der **Freiheit** für Staaten und
31 Individuen. Das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta, die Charta der Vereinten
32 Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und die
33 Millenniumsentwicklungsziele bleiben das Fundament sozialdemokratischer Außen- und
34 Sicherheitspolitik.

35 Die unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Grundlagen des
36 Zusammenlebens ist Frieden. Langfristig sichern lässt sich dieser nur durch die weltweite
37 Beendigung der Armut. Willy Brandt schrieb 1980 im Vorwort des ersten Berichts der

1 internationalen Nord-Süd-Kommission: „Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Kriege Hunger
2 nach sich ziehen, aber weniger bewusst ist uns, dass Massenarmut ihrerseits zu Krieg
3 führen kann. Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten
4 will, muss auch die Massenarmut bannen.“

5

6 Angesichts dessen ist die Notwendigkeit von **Gerechtigkeit** in der Weltwirtschaftsordnung
7 überdeutlich – sie ist Voraussetzung, um Menschenrechte in allen Teilen der Welt
8 garantieren zu können und bleibt deshalb festes Ziel und Kompass unserer internationalen
9 Politik.

10

11 **Solidarität** wiederum ist die freiwillige Bereitschaft zur zwischenstaatlichen Kooperation.
12 Angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den entwickelten und
13 nicht entwickelten Staaten ist Solidarität unabdingbar, um mehr globale Gerechtigkeit zu
14 schaffen. Deutlich wird dies auch durch den Blick auf die Geschichte der Sozialdemokratie.
15 Erst durch den gemeinsamen und solidarischen Kampf der Arbeiterbewegung konnten
16 gerechtere gesellschaftliche Verhältnisse erstritten werden. Auf globaler Ebene fehlt eine
17 vergleichbare Bewegung. Hier ist das Engagement der wohlhabenden Staaten gefordert, um
18 die eigenen hohen Ansprüche an Teilhabe und Gerechtigkeit auch international zu
19 verwirklichen.

20

21 Ein Modell für die globale Verbreitung dieser Grundwerte kann die Europäische Union sein.
22 Allerdings nur dann, wenn sie dem weltweiten Neoliberalismus und Marktradikalismus das
23 Modell einer sozialen sowie nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt.
24 Das Vorgehen der Eurogroup in Griechenland und anderen Schuldenstaaten steht diesem
25 Grundsatz aktuell noch entgegen. Gelingt uns die Überwindung dieser Zustände, eröffnen
26 sich neue Optionen für weltweiten Fortschritt.

27

28 **Unser Ziel ist eine kooperative, gerechte Weltordnung. Wir wollen, dass auf die**
29 **Globalisierung der Märkte eine Globalisierung der Demokratie und Gerechtigkeit folgt.**

30 Die Vereinten Nationen bleiben dabei als wichtigste Weltorganisation hauptverantwortlich für
31 Frieden und Sicherheit.

32 Wir wollen als deutsche Sozialdemokratie aktiv dazu beitragen, dass das 21. Jahrhundert
33 zum Jahrhundert der globalen Gerechtigkeit wird. Wir lassen uns dabei leiten von Hans
34 Jonas Definition von Nachhaltigkeit: „Handel so, dass die Wirkungen deiner Handlungen
35 verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“ Wir müssen
36 also neben der Sicherstellung von globaler Gerechtigkeit auch dafür sorgen, dass künftige

1 Generationen gut auf der Erde leben können. Dies ist eine Frage der generationellen
2 Gerechtigkeit!

3

4 **Stand der Dinge – Welt im Wandel**

5

6 Aktuell befindet sich die Welt in einer Phase des Umbruchs. In vielen Staaten erheben sich
7 die Menschen gegen Diktatur und Unterdrückung und gehen für Freiheit und Demokratie auf
8 die Straße. Immer mehr Menschen vernetzen sich global und engagieren sich gemeinsam
9 für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Wirtschafts- und Finanzordnung.
10 Doch gerade die Stimmen der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die unter den
11 Folgen des Klimawandels und eines unfairen Welthandels besonders leiden, werden nach
12 wie vor nicht ausreichend gehört. Dennoch nehmen Verständigung und Zusammenarbeit
13 über alte staatliche Grenzen hinweg zu.

14

15 Gleichzeitig lässt sich ein bedrohliches Aufkeimen neuer und alter Konflikte entlang
16 ethnischer, religiöser oder politischen Trennlinien, durch Ressourcenmangel, versagende
17 Staatlichkeit, Armut und Perspektivlosigkeit beobachten. Die soziale Ungleichheit nimmt
18 innerstaatlich und global zu. Heute besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte
19 des Weltvermögens.¹⁸ Die grassierende Ungleichheit produziert neue Konflikte, die sich
20 beispielsweise in den Debatten über Flüchtlingspolitik bereits andeuten. Vor dem
21 Hintergrund dieser Weltlage lassen sich folgende Zukunftstrends ableiten:

22

23 • Die Weltbevölkerung wird in den kommenden zwanzig Jahren von heute rund 7,2
24 Milliarden Menschen auf voraussichtlich etwa 9 Milliarden ansteigen, mit
25 Schwerpunkten in Asien, Afrika und Lateinamerika.

26

27 • Das westlich-kapitalistische Wachstumsmodell, mit seinem Zentrum in den USA und
28 Europa mit etwa 1,1 Milliarden Menschen wird künftig auf 2,6 Milliarden Menschen in
29 China und Indien übertragen werden.

30

31 • Der Bedarf an Rohstoffen und Energie wird immens zunehmen ebenso wie der
32 Versuch der großen Wirtschaftsmächte sich diese Ressourcen durch die Erweiterung
33 ihrer politisch-militärischen Einflusszonen zu sichern.

34 • Da diese Entwicklung unter kapitalistischen Vorzeichen stattfindet, ist eine
35 weitere gravierende Zunahme an sozialer Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften
36 dieser großen Wirtschaftsmächte wahrscheinlich - plus der damit verbundenen

¹⁸ Oxfam: Wealth: Having it all and wanting more. 2015.

1 Folgen, wie zunehmende Machtzusammenballung bei internationalen
2 Unternehmensimperien, Oligarchisierung der staatlichen Politik und Zunahme von
3 Korruption.

- 4
- 5 • Die Anfälligkeit der Weltwirtschaft für Finanzkrisen wird größer.
- 6
- 7 • Die soziale Spaltung der internationalen Staatengemeinschaft in Arm und Reich wird
8 sich weiter vertiefen.
- 9
- 10 • Die weltweite Expansion des Modells der extremen Konsum- und
11 Wegwerfgesellschaft bedingt eine massive Zunahme von Umweltbelastungen und -
12 zerstörungen sowie eine Beschleunigung des Klimawandels. Dieser wird enorme
13 Kosten verursachen und die Staaten der Welt vor neue und gewaltige
14 Herausforderungen stellen.
- 15
- 16 • Die weltweiten Migrationsbewegungen werden aufgrund von wirtschaftlicher
17 Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung, ethnisch-religiös motivierten Kriegen und
18 Bürgerkriegen, Terrorismus und extremen Nationalismus weiter anwachsen.
- 19

20 Die Aufzählung macht deutlich, dass die Probleme des globalen 21. Jahrhunderts nur
21 gemeinsam gelöst werden können: Den Klimawandel begrenzen, die entfesselten
22 Finanzmärkte wieder vernünftigen Regeln unterwerfen, der gewachsenen Ungleichheit in
23 den Gesellschaften entgegenwirken, Frieden und Menschenrechte als globale öffentliche
24 Güter sichern, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unterbinden, Hunger und
25 Armut endlich überwinden. Das alles sind Probleme, die nicht gegeneinander, sondern nur
26 miteinander zu bewältigen sind. Zugleich erfordern sie eine neue Ordnung der Welt, die erst
27 noch entstehen muss.

28

29 Auf dem Weg zu einer gerechten Weltordnung

30

31 Der Impuls zur Bewältigung dieser Probleme und zur Schaffung einer neuen Weltordnung
32 muss von den wirtschaftsstarken Ländern ausgehen. Deutschland muss sich dabei als Motor
33 verstehen.

34

35 Vordringliches Ziel ist die **Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele** der Vereinten
36 Nationen. Bei der anstehenden Fortschreibung und Umsetzung muss Deutschland eine
37 prägende Rolle einnehmen. Die weltweit wichtigsten Ziele bleiben die Bekämpfung von

1 extremer Armut, Primärschulbildung für alle Menschen, die Gleichstellung der Geschlechter,
2 die Senkung der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung, die
3 Förderung ökologischer Nachhaltigkeit und der Aufbau einer globalen Partnerschaft für
4 Entwicklung.

5

6 Deutschland muss endlich das selbst gesteckte Ziel erfüllen und sich mit 0,7 Prozent des
7 Bruttoinlandsprodukts an der Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung in der Welt
8 beteiligen. Dabei haben solche Projekte Vorrang, welche die Menschenrechte voranbringen
9 und insbesondere die Situation von Mädchen und Frauen verbessern. **Ohne Gleichstellung**
10 **keine Entwicklung!**

11

12 Im Rahmen der G20 sollte sich Deutschland weiterhin für wirksamere Vereinbarungen
13 einsetzen, die einen internationalen **Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte** schaffen.
14 Projekte zur Steuerharmonisierung sind voranzutreiben. Globalisierte Kapitalströme können
15 nur weltweit kontrolliert und reguliert werden. Langfristig streben wir ein lückenloses
16 Steuerregime an. **Fairer Wettbewerb braucht Regulierung. Offene Märkte brauchen**
17 **gemeinsame Regeln.**

18

19 Deutschland und Europa müssen endlich Initiative für mehr **Gerechtigkeit im Welthandel**
20 ergreifen. Das heißt im Wesentlichen, mit gutem Beispiel voranzugehen bei der Öffnung der
21 Märkte für Produkte und Dienstleistungen aus der Dritten Welt und weniger
22 Subventionierung von Agrarprodukten. Zudem müssen **Produktionsketten endlich**
23 **transparent** gemacht werden. Produkten, die nachweislich in Kinderarbeit gefertigt wurden,
24 muss der Zugang zu europäischen Märkten verwehret werden. Künftig müssen auch die
25 Muttergesellschaften bestraft werden, wenn eklatante Verstöße gegen Menschenrechte oder
26 basale Schutzstandards bei Subunternehmen in Drittstaaten nachgewiesen werden können.
27 Nur so lassen sich die Abwälzung von Verantwortlichkeit und die bewusste Ausreizung von
28 Grauzonen beenden.

29 Die Bundesrepublik Deutschland soll sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass
30 der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation
31 (WTO) ihre Maßnahmen enger als bisher an **sozialen Maßstäben und ökologischen**
32 **Zielen sowie an Menschenrechten und Arbeitnehmerrechten** orientieren. Die
33 Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind in den Programmen
34 und Verträgen von IWF, Weltbank und WTO verbindlich zu verankern.

35

1 **Unser langfristiges Ziel bleibt die Verwirklichung einer Weltinnenpolitik.**
2 **Voraussetzung dafür sind starke Vereinte Nationen, die wir als wichtigste**
3 **Weltorganisation hauptverantwortlich für Frieden und Sicherheit sehen.**

4
5 Um dieser Aufgabe umfassend gerecht zu werden, braucht es durchgreifende Reformen zur
6 Stärkung der UN. Dazu ist insbesondere die **Vollversammlung aufzuwerten**. Zudem wollen
7 wir weltweit eine wichtigere Stellung des Völkerrechts und der internationalen
8 Gerichtsbarkeit. Ziel muss eine größere Wirkung von UN-Resolutionen sein. Initiativen zur
9 Anpassung der Charta der Vereinten Nationen in diese Richtung sollten von Deutschland
10 unterstützt werden, damit nicht nur der Sicherheitsrat völkerrechtlich bindende Beschlüsse
11 fassen kann. Das Vetorecht der ständigen Mitglieder ist unbefriedigend, veraltet und nur
12 historisch erklärbar. Andere Modelle, wie das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen im
13 Sicherheitsrat, sind wünschenswert jedoch aktuell kaum durchsetzbar. Die Frage der
14 Erweiterung um mehr Mitglieder sollte auch künftig intensiv verfolgt werden.

15
16 Die OSZE, die NATO und die EU haben als Regionalorganisationen mit unterschiedlichen
17 Schwerpunkten eine gemeinsame Verantwortung für Frieden in Europa und der Welt. **Wir**
18 **wollen, dass Deutschland in diesen Organisationen eine aktive und konstruktive Rolle**
19 **spielt**. Wir streben eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union an und wollen
20 dafür weitere Reformen des institutionellen Gefüges. Die Europäische Kommission sollte zu
21 einer Regierung ausgebaut werden, die durch das Europaparlament gewählt und kontrolliert
22 wird und gegebenenfalls abgesetzt werden kann. In einer zweiten Kammer, in der die
23 Regierungen der Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden die nationalen
24 Interessen vertreten. Dieser Rat beschließt Gesetze gleichberechtigt mit dem
25 Europaparlament. Regierung, Europaparlament und der Rat der Mitgliedsstaaten haben
26 jeweils das Recht, eigene Gesetzesinitiativen zu starten. Der Europäische Gerichtshof ist
27 weiterhin die oberste europäische Judikative, und wacht darüber, dass die Grundrechte der
28 Bürgerinnen und Bürger durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten nicht verletzt werden.

29
30 **Zur Verwirklichung des sozialen Europas braucht es eine starke Sozialunion.** Sie muss
31 ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie
32 sie bereits in der EU-Grundrechtecharta angelegt sind. Diese sozialen Grundrechte dürfen
33 nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern
34 müssen ihnen vorgehen.

35 Auch in Europa soll künftig der sozialdemokratische Grundsatz gelten: **gleiche Lohn- und**
36 **Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort**. Dazu müssen die Spielräume für
37 Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen

1 Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf
2 europäischer Ebene ausgebaut werden.

3

4 Wir wollen einen Sozialen Stabilitätspakt einrichten. Um Sozialdumping zu verhindern,
5 müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festgeschrieben werden –
6 gemessen am BIP der jeweiligen Staaten. Dasselbe gilt für existenzsichernde Mindestlöhne
7 in allen EU-Mitgliedstaaten, die sich am jeweiligen Durchschnittseinkommen orientieren. **Wir**
8 **wollen dabei nicht, dass europäische Standards nationale Standards unterlaufen.** Dies
9 gilt gleichermaßen für den Abschluss internationaler Freihandelsabkommen. Es gilt nationale
10 Standards zu schützen und diese durch internationale Vereinbarungen weiter zu erhöhen.
11 **Wir verteidigen soziale Mindestanforderungen gegen den europäischen und**
12 **weltweiten schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und**
13 **Standards.**

14

15 Nur gemeinsam schaffen wir auf diese Weise das Jahrhundert der globalen Gerechtigkeit.